

Bezirkskomitee zur Durchführung des Volksentscheids in Oberschlesien

Gleiwitz, 11. September.

Am Sonntag, dem 9. September, wurde in Gleiwitz auf einer von der AFD, dem RFD, und dem RZD einberufenen Konferenz ein Bezirksausschuss für Oberschlesien zur Durchführung des Volksentscheids gebildet. Eingeladen zu dieser Konferenz waren die Vertreter der Großbetriebe und eine Reihe Arbeiterorganisationen. Trotz der Sabotageversuche der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie, die den freigeschaffenen Teilnehmern an dieser Konferenz mit dem Ausschluss aus den Gewerkschaften drohte, und damit gleichzeitig dokumentierte, daß sie für den Bau des Panzerkreuzers und für die Aktionen des neubourgeois Imperialismus ist, war eine ganze Reihe der Großbetriebe vertreten, darunter auch zwei sozialdemokratische Arbeiter, die damit dokumentieren, daß sie im offenen Gegensatz zu ihren Führern Gegner neuer imperialistischer Kriegsrüstungen sind.

Der Verlauf der Konferenz zeigte den einheitlichen Kampfwillen der Arbeiter gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Nach einem Vortrage des Generalsekretärs, der als Vertreter der kommunistischen Partei sprach, und der die gegenwärtige politische Lage als die Vorbereitung eines neuen imperialistischen Krieges und vor allem als die Vorbereitung des Krieges der Imperialisten gegen die Sowjetunion charakterisierte, wurde

von der Konferenz einstimmig ein Aufruf und politische Richtlinien zur Arbeit der Komitees angenommen.

Auch der eine sozialdemokratische Betriebsrat, der in der Diskussion sprach und den schwachen Versuch machte, die Politik der SPD-Führer zu entschuldigen, stimmte sowohl für den Aufruf als auch für die Richtlinien.

Die Vertreter der Betriebe wiesen in der Diskussion mit besonderem Nachdruck auf die Notwendigkeit der Bildung von Komitees in Betrieben und im örtlichen Maßstab hin. Die Komitees müssen alle Arbeiter ohne Unterschied der Partei und des Glaubens erfassen, um sie gegen die Kriegsrüstungen mobil zu machen.

Der erste Schritt zur Massenmobilisierung der Arbeiter und Kleinbauern auch in Oberschlesien ist getan. Es gilt jetzt die Arbeit des Bezirkskomitees durch die Bildung von Betriebs- und Ortskomitees zu unterstützen.

Ründigung von 40 000 Arbeitern der München-Gladbacher Textilindustrie

In der Nachmittagsitzung der Vereinigten Arbeitgeberverbände für die Textilindustrie von München-Gladbach, Aachen und Umgebung wurden die Forderungen der Gewerkschaften für „unerschütterbar“ angesehen. Es wurde beschlossen, der Gesamtbelegschaft am 15. September zum 29. September zu kündigen. Von dieser Maßnahme werden etwa 40 000 Arbeiter betroffen.

Ausdehnung des Kriegsanzleihebandals

Neue Verhaftung in Wien. — Stinnes ließ 60 Millionen Mark Kriegsanzleihe kaufen.

Die Untersuchung des Kriegsanzleihe-Bandals hat auch auf das Ausland übergegriffen. Während die bisherigen Ermittlungen sich bisher auf Amsterdam, London, Paris und Bukarest beschränkten, hat im Auftrage der Berliner Staatsanwaltschaft die Wiener Wirtschaftspolizei im Laufe des Sonnabends und Sonntags in Wien eine Reihe Hausdurchsuchungen vorgenommen, als deren Ergebnis nunmehr aus Wien die Verhaftung einer im Wiener Wirtschaftsleben bekannten Persönlichkeit gemeldet wird. Die Wiener Behörden erklären, sich zur Stunde über den Namen des Verhafteten nicht äußern zu können, da die Aktion in Wien noch nicht beendet sei. Es verlautet, daß durch die Wiener Ermittlungen festgestellt sei, daß dort eine zweite Zentrale des Kriegsanzleihe-Betrugs aufgedeckt sei. Unterdessen hat sich herausgestellt, daß durch persönliche Vermitt-

lung von Hugo Stinnes für rund 700 000 Goldmark Kriegsanzleihe durch Waldow und Köthmann gekauft worden sind, also ein Paket im Nominalewert von 80 Millionen Kriegsanzleihe. Der Betrag, durch den das Reich hätte geschädigt werden können, erhöht sich demnach auf nahezu 8 Millionen Goldmark.

Hier Schwerverletzte bei einem Eisenbahnunglück

21. Koblenz, 11. September. In der Nähe von Urmitz verunglückte am Montagmorgen ein Eisenbahnzug aus Koblenz nach Trier. Hier Schwerverletzte wurden in ein Koblenzer Krankenhaus eingeliefert.

Die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen

21. Warschau, 11. September. Am Montag traf in Warschau die deutsche Abordnung zu den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen unter Leitung von Dr. Herms ein. Um die Mittagsstunde fand eine Besprechung der beiden Verhandlungsführer statt. Am Nachmittag traten die beiden Abordnungen zur ersten Vollversammlung zusammen. Am Dienstag werden die Beratungen in den Kommissionen beginnen. Der deutsche Gesandte Kauffmann wird erst Dienstag in Warschau eintreffen.

Kleine Nachrichten

Zum Schiffungslid auf der Unterelbe. 21. Altona, 10. September. Wie das Altonaer Volksblatt berichtet, wurden von den zahlreichen Verletzten sechs dem Krankenhaus in Blankenese zugeführt, während eine Verletzte Frau Aufnahme im Altonaer Krankenhaus fand. Die übrigen Verletzten konnten sich nach Anlegen von Rotverbanden in ihre Wohnungen begeben. Ein Prokurist aus Hamburg wird zurzeit noch vermisst.

Fünf schwere Flugzeugabstürze in den Vereinigten Staaten. Am Sonntag ereigneten sich in den Vereinigten Staaten an verschiedenen Plätzen fünf schwere Flugzeugabstürze, wodurch sechs Personen getötet und vier schwer verwundet wurden.

23 Tote in Monga. Die Zahl der Todesopfer bei der Katastrophe auf der hiesigen Autokombi hat sich auf 23 erhöht.

Die Untersuchung der Leiche des Bankiers Löwenstein beendet. Der Bericht über die gerichtliche Untersuchung der Leiche des Brüsseler Bankiers Löwenstein ist beim Untersuchungsrichter von Boulogne-sur-Mer eingegangen. Die beiden untersuchenden Ärzte sprechen sich formell dahin aus, daß der Tod Löwensteins auf den Sturz aus größerer Höhe zurückzuführen sei. Die Untersuchung der Eingeweide hat das Fehlen jeglicher Vergiftungserscheinung einwandfrei ergeben.

Ein 16jähriger Prinz verschuldet einen Autounfall. 21. Stockholm, 10. September. In der Nähe der Lundsbergischen Privatschule stürzte am Sonntag ein vom Prinzen Bertil, dem dritten Sohne des schwedischen Kronprinzen, geführtes Auto um. Ein 17jähriger Schüler wurde getötet, während die anderen Insassen, gleichfalls Schüler von Lundsberg, unverletzt blieben. Der Kronprinz ist an der Unfallstelle eingetroffen, wo eine polizeiliche Untersuchung stattfindet. Wie „Dagens Nyheter“ schreibt, hatte der Prinz, der erst 16 Jahre alt ist, keinen Berechtigungschein zum Lenken eines Autos.

13 Schwerverbrecher aus einem amerikanischen Zuchthaus ausgebrochen. 21. New York, 10. September. Im staatlichen Zuchthaus zu Baton Rouge, der Hauptstadt des Staates Louisiana, gelang es 13 Schwerverbrechern, nachdem sie ihre Wächter überfallen und Schutzmassen aus dem Zuchthaus herausgeholt hatten, auszubringen. Nach wildem Feuerkampf zwischen den Wächtern und den Ausbrechern gelang es letzteren, den Mississippi zu erreichen und auf einem bereitliegenden Schiff das andere Ufer zu gewinnen. Bei dem Gefecht sind sechs Ausbrecher getötet und vier Beamte sowie vier Ausbrecher schwer verletzt worden.

Niesem Zweck dienenden Anträge der revolutionären Opposition zu diskutieren. Die Lohn- und Arbeitszeitbewegungen sind Dinge, mit denen sich der Kongress nicht zu beschäftigen hat, es sei das „die Anwesenheit der einzelnen Verbände und deren Kongresse“. Wir wissen aber, daß kein Verhandlungstag zu diesen entscheidenden Fragen Stellung nahm. Das Schicksal dieses Tages wurde erneut als notwendig anerkannt. Nur seine Reform ist notwendig. Auch in dieser Frage bekand volle Übereinstimmung zwischen den Sozialimperialisten aller Richtungen einschließlich der sogenannten „linken“ Sozialdemokraten. Die Stellungnahme zu diesen Fragen unter dem Gesichtspunkte der proletarischen Interessen hat die glänzende Harmonie zwischen dem Bundesvorstand und den Vertretern des kapitalistischen Staates auf dem Kongress nicht gestört.

Selbst die beabsichtigte jährliche Kritik der verschiedenen sozialdemokratischen Delegierten wurde noch durch besondere Einwirkung der Parteileitung gedämpft, um den Kongress vor jedem Mißton zu bewahren. Statt dessen wurden alle Vorbedingungen geschaffen für das engste Zusammenwirken auf arbeitgemeinschaftlicher Grundlage. Den Rahmen dafür zeigte der Reichswirtschaftsminister Curtius auf, indem er als das gemeinsam erkannte Ziel die Hebung des allgemeinen Volkswohlstandes bezeichnete und als die Aufgabe aller an der Wirtschaft Beteiligten die Aufrechterhaltung der Konjunktur und das Finden der dafür zweckmäßigsten Wirtschaftsführung feststellte. Er erklärte, der Reichswirtschaftsrat mit seiner gemeinsamen Arbeit von Gewerkschaftsführern, Unternehmervertretern und Reichsregierung, dieses erste Stück der in der Reichsregierung vorgesehenen Wirtschaftsdemokratie habe seine Probe bestanden und müsse ausgebaut werden. Das zur Durchführung dieser Aufgabe notwendige erneute Bekenntnis zur bürgerlichen Republik legte der Bundesvorstand ab, und ließ es von Seering durch die kategorische Feststellung „der Staat sind wir“ bestätigen.

Darum ergibt sich für die revolutionäre Opposition als erste wichtige Aufgabe die Steigerung der Aufklärungs- und Schulungsarbeit unter den Arbeitermassen. Die Auseinandersetzungen in den Gewerkschaften und den Betrieben, deren aktuellste Grundlage die Beschlüsse des Kongresses und die Anträge der revolutionären Opposition darstellen, müssen um das Vielfache gesteigert werden.

Diese Politik muß die Spaltung der Arbeitermassen vollenden und ihre Organisation zerreißen, wenn sich nicht die Opposition mit aller Kraft entgegenwirft. Es ist darum die wichtigste Aufgabe der revolutionären Opposition, die wirtschaftsrechtlichen Maßnahmen der Reformisten zu beantworten mit der verstärkten Mobilisierung der Arbeitermassen zur Durchsetzung ihrer Lohn- und Arbeitszeitforderungen. In Übereinstimmung mit den Grundthesen und Forderungen, die die kommunistischen Delegierten auf dem Kongress proklamierten, muß die Bewegung entfaltet werden zur restlosen Ausnutzung jeder Möglichkeit zur Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit ohne Rücksicht auf die bestehenden Verträge und Schiedssprüche, gegen die weitere Senkung des Lebensniveaus der werktätigen Bevölkerung, gegen die Steuern und Zölle, gegen Miet- und Eisenbahntarifierhöhungen, gegen die imperialistischen Kriegsrüstungen und die wachsende Kriegsgefahr.

Die jetzt im Gange befindliche Aktion zur Durchführung des Volksentscheids bietet gleichzeitig gute Möglichkeiten, vor den Massen die vom Kongress beschlossenen Wandlungen ihrer gewerkschaftlichen Verbände zu wirtschaftsrechtlichen Organisationen, die versuchte Ablenkung der Arbeitermassen vom Kampf zur Sicherung ihrer Existenz und zum Sturz des kapitalistischen Ausbeutungssystems aufzurollen und ihnen den Weg zum Sozialismus aufzuzeigen, der trotz aller wirtschaftsdemokratischen Phrasen allein über die Errichtung der Diktatur des Proletariats führt.

Der Betriebsmord

10 Erzählung von Otto Glösa

„Sie vergessen, daß ich rein aus Loyalität verhandle. Ich kann auch ohne Ihre Zustimmung entlassen, wenn ich für überflüssig halte.“ „Bitte sehr.“ trat ihm Klemens mit aufgehobenem Zeigefinger entgegen, „es gibt einen Demobilisierungskommissar — immer noch.“ „Für mich nicht, der Mann mag noch an der Futtertrappe stehen, weil ihm seine Parteibrüder dort halten. In meinem Betrieb hat er nicht mehr hineinzukommen. — Die Zeiten sind Gott sei Dank vorüber.“ „Warum sind wir denn überhaupt hier?“ fragt Kaul seine Kollegen.

„Ich will dem hochwohlwollenden Betriebsrat erklären, warum ich — übrigens in Ihrem Interesse — heute entlassen muß. Ich gebe diese Erklärung ab, um von nun an jener Hezerei die Spitze abzubrechen — haben Sie das lapiert, Kaul?“

Kaul erhob sich, der Hohn heizte sein Blut. „Ich habe schon mehr lapiert — als wie Sie vielleicht im Bilde sind — Herr Pantray — und passen Sie mal Obacht!“ Er stellte sich breitbeinig vor den Betriebsleiter hin, drohte mit der Faust, lachend: „Wenn erst alle Proleten soviel lapiert haben wie ich — dann — sehen Sie nicht mehr hier und reißen Ihr großes Maul bis hinter die Ohren auf — da geh ich Ihnen Brief und Siegel drauf.“

Pantray ließ aufgeregt um den Schreibtisch herum.

„Das ist eine Bedrohung, nicht wahr, Herr Direktor? — wissen Sie das, Klemens? Sagen Sie es ihm, Sie sind ein besonnenere Mann und Sie wissen auch, daß jede Bedrohung strafbar ist.“

Klemens schweigend lächelnd. Er sah noch fest auf seinem Blut; es war noch nicht heiß genug, ihn hochzubringen. Kaul dachte: Der Schatz droht mit der Polizei; zitterte in Blut. Seine Erregung übertrug sich auf Pantray, wurde bei ihm ein Zittern in Angst.

Er hörte: „Ich lasse mich nicht von Ihnen bedrohen, werden Sie das, ich werde Sie sofort entlassen.“

Kaul trat ihm einen Schritt näher.

„Das ist mir ganz wurschtigal — bei uns Proleten ist alles strafbar, bloß daß wir für die anderen schufen, das ist uns polizeilich noch erlaubt. — Mir juckt es schon lange in den Pfoten. Seit Sie da sind, ist hier der Teufel erst recht los. Aber das kann ich Ihnen sagen — wenn meine Familie nicht wär — hätten Sie schon lange einen Denzettel, daß sie erst einmal Betriebsleiter in einem Krankenhaus werden könnten.“ Er rampte eine Faust in die Brust, als wollte er die ganze Wut in sich zurückstoßen.

Der Direktor richtete sich auf, sagte gemächlich: „Kaul, beruhigen Sie sich, das ist ja alles halb so schlimm. Sie können sich hier ganz ruhig ausdrücken, das vertehrt Ihnen niemand.“

Klemens hörte das als Schmeichelei, sah den Direktor freundlich an. „Herr Direktor, sagen Sie doch ein paar vernünftige Worte dazu. Sie müssen nicht das Heft dem Doktor gleich in die Hand geben. Das tut nicht gut. Der Mann hat es noch nicht raus, mit der Arbeiterschaft unzugehen.“

Pantray zeigte Zähne, sah den Direktor fragend an, wartete auf seine Ehrenrettung. Der Direktor zog an seiner Zigarre — sah zum Fenster hinaus.

Kaul klopfte Klemens auf die Schulter. „Mensch, da fragst du noch — wozu hält man sich denn einen Hund — doch daß man nicht selber zu hellen Brandt — der wird ja bezahlt dafür.“

Pantray schlug auf den Tisch, lehnte den Arbeitern den Rücken zu. „Aus — ich verzichte auf jede weitere Verhandlung — gehen Sie an Ihre Arbeit, das weitere werde ich verfügen.“

Kaul stellte seinen Stuhl beiseite, wendete sich im Gehen noch Pantray zu. „Aber ich will Ihnen was anderes sagen — wer uns weismachen will, die Fabrik ginge pleite, der muß sich die Dummheiten machen — wir haben längst lapiert — Herr Pantray — den Herren ist es bloß nicht genug — es soll noch mehr aus unsern Knochen herausgeschunden werden.“

Da erhob sich der Direktor: „Lieber Kaul — spielen Sie nicht den wilden Mann — Sie haben keine Ahnung, was der Staat heutzutage von uns an Steuern verlangt.“

„Der Mann hat ja keinen blaffen Dunst.“ plärte Pantray. Kaul lachte breit seinen Kollegen zu: „Ach, jetzt mal, der Staat soll es sein, ja, sagen Sie mal, meine Herren, wer ist denn der Staat? Der Staat jetzt, der ist doch für euch Kapitalisten wie in der Finanze gebildet, auch gibt er ja das Geld alles wieder. Der Staat und die Kapitalisten

die spielen ja mit dem Gelde bloß Verstedens, damit wir dummen Proleten nicht merken sollen, wo das Geld zuletzt steden bleibt.“ „Das stimmt nun freilich nicht, lieber Kaul,“ sagte der Direktor ruhig, war zu bequem, diese lächerliche Behauptung zu begründen. Pantray nahm ihm auch diese Mühe ab. „Der Staat ist auch für Sie da, gibt genug Geld für die Arbeiterschaft aus, aber was verstehen Sie denn vom Staat.“

„Ach ja,“ nickte Kaul, „ich weiß schon, für mein Kind gibt der Staat einen jährlichen Zuschuß für die Schule von sechsundsmanzig Mark, aber Ihr Sohn, Herr Direktor, hat als Gymnasiast jährlich dem Staat das Achtsache gekostet und kostet ihm jetzt noch als Student vielleicht das Zwanzigfache. Aber ich weiß auch sonst noch, wofür der Staat Geld hat und wofür nicht, für die Generäle hohe Pensionen und für einen einzigen Erzbischof bloß achtunddreißigttausend Mark Gehalt jährlich, o ja, Herr Direktor, wir haben das schon lapiert.“

Pantray antwortete ihm höhnlich: „Was Sie uns da erzählen, kommt doch nicht aus Ihrem Kopfe, in welchem Heßblatte haben Sie denn das gelesen?“

Kaul sah ihn von oben herunter an: „Na, wissen Sie, Herr Pantray, was Sie uns erzählen, lesen Sie auch nicht aus der Bibel, wollen Sie mir vielleicht auf die Zähne binden, was Sie für ein kapitalistisches Heßblatt lesen?“

Pantray machte eine schneidende Handbewegung. „Genug!“ Wendete sich an Klemens: „Bleiben Sie, ich habe noch mit Ihnen zu sprechen.“

Klemens machte mit hochgehobener flacher Hand eine abwehrende Bewegung: „Nein, Herr Direktor, ich bin mit meinen Kollegen gekommen und werde mit meinen Kollegen gehen. Ich habe allein jetzt hier nichts mehr zu tun. Wollen Sie weiter mit uns verhandeln, gut, dann sehen wir uns wieder.“

„Nein, in dieser Zusammenkunft werde ich mit dem Betriebsrat keine Minute länger verhandeln.“

Die Arbeiter gingen bisfütierend in den Betrieb zurück.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich: Für den politischen Teil Arthur Dombrowski, für „Gewerkschaften“ und „Betriebe im Kampf“ und „Waldenburg“ Alfred Thomae, für „Breslau“ „Götting“ und die übrigen Beilagen Friedrich Böhm, sämtlich in Breslau. Für die ober-schlesischen Teile Theodor Lelzel, Gleiwitz. — Für Inzerate Dr. Robert Kersch

Das Hindenburg Stadtparlament im Zeichen der Hindenburgfeier

Schwarzweiser-rosa Einheitsfront für den Panzerkreuzer

Die Behandlung des ersten Teiles der Tagesordnung der letzten Stadterordnetenversammlung stand noch vollständig im Zeichen der Spieglerfeier...

Bereitstellung von Mitteln zum Empfang des „Netters“

behandelt wurde. Hier zeigte sich, daß es keinen Unterschied gibt zwischen Deutschnationalen, Völkischen, dem Zentrum, den kleinen Splitterorganisationen bis zu der SPD...

Zu den geplanten Umänderungen des Projektes betreffend Errichtung eines Kinderheimes in der Pfarrstraße erklärte die kommunistische Fraktion durch ihren Sprecher Gen. Jendrosch...

Der Abgabe bzw. dem Austausch von Gelände zum Bau des Volksgartens-Dienstgebäudes wurde gegen die Stimmen der Kommunisten zugestimmt.

Vor dem Punkt 9 der Tagesordnung, Hindenburg-Klamant,

verließ der Fraktionsführer des Zentrums, Gleron, den Sitzungssaal fluchtartig, obwohl er als Berichterstatter fungieren sollte. Diese heikle Referentenrolle übernahm selbstverständlich der Nachfolger des Zentrums, der Kriegsverlehtenvertreter Szepanski...

für diesen Zweck, bedeutet tatsächlich ein Verbüßern der Gelder. Während den Fluggeschädigten und Unwettergeschädigten bis jetzt herzlich wenig oder überhaupt nichts gegeben wurde...

Die 20 000 Mark, die für den Empfang des Reichspräsidenten verpulvert werden sollen, sind für den Ankauf von Winterkartoffeln für die Erwerbslosen zu verwenden.

Die SPD fragte durch den Stadtverordneten Gamalettschke an, ob man die Summe nicht um 15 000 Mark kürzen kann. (Anscheinend muß „Er“ bei der SPD 5000 Mk. wert sein.)

Der Antrag auf Einstellung einer zweiten Jugendleiterin für das Kinderheim wurde angenommen. Die Schaffung einer Konzeptionsstelle (zweite Stelle) an der Mittelschule Stadtfeld Hindenburg wurde an den Magistrat zurückverwiesen.

mehrere Dringlichkeitsanträge

zur Beratung. Der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an Rommergerat Detschel wurde gegen die Stimmen der kommunistischen Fraktion zugestimmt.

Der Magistrat wird ersucht, die angenommene Position 2 des Antrages 15 b der kommunistischen Fraktion der Stadterordnetenversammlung vom 27. 4. 28 (Nachzahlung der Sozialzuschläge) umgehend zur Durchführung zu bringen.

Die Nachzahlung der Frauen- und Kinderzuschläge hat auch für das Jahr 1928 zu erfolgen.

Der Antrag wurde angenommen.

Ein zweiter kommunistischer Dringlichkeitsantrag forderte:

Den Rotstandsarbeitern, die beim Magistrat Hindenburg beschäftigt sind, soll für den Winter ein Kartoffelzuschlag bewilligt werden (drei Zentner pro Kopf).

Dieser Antrag begründete Genosse Schirm. Die SPD-Fraktion erklärte durch ihren Redner Dittmann, nicht für diesen Antrag zu stimmen, ebenso Szepanski von den Kriegsverlehten.

Ein Dringlichkeitsantrag der Zentrumsfraktion, der aus der Schulabgabe des Magistrats entnommen war, wurde einstimmig abgelehnt.

Entschließung gegen den Panzerkreuzerbau

wurde von den Deutschnationalen, Völkischen bis zu den Panzerkreuzer-Sozialisten abgelehnt. Hier zeigte es sich wieder, daß die Einheitsfront wie anno 1914/18 hergestellt ist.

Die letzten beiden Punkte der Tagesordnung wurde in gleicher Sitzung behandelt.

58, die der Krisenunterstützungsempfänger um 12 Personen gestiegen. Infolge Betriebs Einschränkung bei der Donnermarschhütte sind daselbst weitere Entlassungen erfolgt.

Rokitnitz

Wer spaltet die Arbeiterklasse?

In der letzten Mitgliederversammlung des RAB, Zahlstelle Rokitnitz konnten es die Reformisten nicht unterlassen, eine Kommunistenhege sondertreiben zu entfalten. Die „Arbeiter-Zeitung“ wurde in Grund und Boden verdonnert und als Schwindblatt bezeichnet.

In der Versammlung verlangte der Reichsbanner-Faschist Blas den Ausschluß aller RAB-Kameraden (d. h. Kommunisten) aus dem Bergarbeiterverband. Dieser Blas, Wyszogon und die anderen sind keine Arbeiter mehr, sie stützen rücksichtslos die Panzerkreuzerpolitik der Führer.

Die Arbeiterschaft von Rokitnitz hat das erkannt. Zahlreich erschienen sie zur öffentlichen Versammlung am Freitag auf dem Marktplatz. Genosse Gailus referierte zur Diskussion meldete sich keiner der SPD-Führer, trotzdem eine ganze Anzahl da war.

Die Entschließung hatte folgenden Wortlaut: Die am 7. 9. 28 in Rokitnitz (Marktplatz) versammelten etwa 300 Arbeiter und Arbeiterfrauen von Rokitnitz protestieren entschieden gegen den mit Zustimmung der SPD-Minister beschlossenen Bau der Panzerkreuzer.

Leibter Witzergötter zu verurteilen, und zu zeigen, daß die Regierung nicht das Bestreben der beiden Massen hat. Nieder mit der Panzerkreuzer-Regierung! Es lebe die Regierung der Arbeiter und Bauern unter Führung der SPD! Auf zum Volkswort!

Leobschütz

Furchbarer Betriebsunfall

Der Müllergeselle Eduard Mischke von hier, der in der Fuchsmühle Bleichwerk beschäftigt war, wurde vom Treibriemen erfaßt, wobei dem Unglücklichen beide Beine geschmettert wurden.

Bei der Landarbeit tödlich verunglückt. Auf dem Pflanzrad in Freudenberg sollte die Hauswirtin Christ das Aufgepflanzhalten, während der Sohn den Schälflug vom Wagen lösen wollte.

Nelisse

Vom Juge getödtet

Als der auf dem hiesigen Bahnhofs mit Schneearbeiten beschäftigte Arbeiter Kitzler zu seiner Dienststelle ging und die Gleise überschritt, wurde er von einem einfallenden Personenzuge, den er nicht kommen sah, erfaßt und getödtet.

Oppeln

Ein Fabrikbesitzer bedroht Arbeiter mit dem Tode

Am Sonnabendvormittag vermittelte der Arbeitsnachweis einen Mann nach der Fackfabrik Banjura, Sternstraße 1. Angeblich sollte dieser dort Holz abladen helfen.

Der Fabrikbesitzer Banjura gab hierauf dem Arbeiter die Anweisung, sich umzudrehen und nach dem Schnitt zu fügen. Der Arbeiter tat dies und erhielt im selben Augenblick von Banjura einen Faustschlag ins Genick.

Das kann sich ungestrakt ein Kuscheiter in der von den Sozialdemokraten so gelobten Hindenburg-Republik erlauben. Als vorgeworfen wurde, daß eine telefonische Anfrage kam, erwiderte Banjura einem Beamten: „Das geht Sie gar nichts an.“

„Kameradschaftlichkeit“ beim Roten Kreuz. Wir haben schon oftmals die Mitglieder vom Roten Kreuz unter die Lupe nehmen müssen. Trotzdem haben sich die Zustände nicht gebessert.

Der schneidige Landjäger von Biadacz. Entsprechend den Gesetzen, die einseitig gemacht sind gegen die Armen, ist auch zum größten Teil der Beamtenapparat, der diese Gesetze durchführt, eingestellt.

Ost-Oberschlesien

Fünf Opfer der Grube

Im Steinkohlenbergwerk Cleophas-Grube der amerikanischen Giesche-Gesellschaft in Jalenze stürzte am Sonnabend ein Stollen von etwa 80 Meter Länge ein und verschüttete fünf Bergleute.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen
Dienstag, 11. September:
Oppeln. Gewerkschaftsversammlung, 10 Uhr. Keller.
Gleiwitz. Funktionärsversammlung, 19.30 Uhr im Parteihaus.
Dienstag, 12. September:
Oppeln. RAB. Untergauführungs- und Gruppenleiterkongress, 10 Uhr im „Echo“-Saal.

Gleiwitz

Vom „Volksblatt“ aufgeheute Sozialdemokraten überfallen kommunistische Jungarbeiter

Uns wird mitgeteilt: Als am letzten Donnerstag, gegen 22 Uhr, eine kleine Truppe im RAB organisierten Jungarbeiter in Gleiwitz die Preiswägerstraße passierte, wurden sie von den im Saale des „Goldenen Stern“ einquartierten Maurern überfallen und mit Flaschen und mit Steinen beworfen.

Die Arbeiterschaft von Gleiwitz fordern wir auf, wachsam zu sein und gemeinsam mit der kommunistischen Partei und der kommunistischen Jugend energisch solche Angriffe in Zukunft zurückzuweisen.

Hausnummern und Straßenschilderbeleuchtung. Einer Zuschrift des Presseamtes entnehmen wir: Etwa 30 Interessenten, Vertreter der städtischen Körperschaften, der Hausbesitzer, Mieterorganisationen usw., befüchtigten dieser Tage die an den Häusern der Kreibitzstraße problematische Beleuchtung der Hausnummern und der Straßenschilder.

Hindenburg

Anwachsen der Arbeitslosigkeit in Hindenburg. Die Arbeitsmarktlage in Hindenburg hat sich weiterhin verschlechtert. Die Zahl der Arbeitslosenunterstützungsempfänger ist um

Zum Tode von Broddorf-Rankau



Der deutsche Botschafter in Moskau, Graf von Broddorf-Rankau, ist, wie wir gestern meldeten, Sonnabend in Berlin plötzlich gestorben. 1922 wurde er zum deutschen Botschafter in Moskau ernannt und bekleidete diesen Posten bis zu seinem Tode.

Broddorf-Rankau war der Vertreter jener Schichten der deutschen Bourgeoisie, die die Vorteile der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion erkannt haben und an der Aufrechterhaltung und am Ausbau dieser Beziehungen interessiert waren. Persönlich war er ehrlich bestrebt, Deutschland vom sowjetfeindlichen Kurs abzuhalten und hatte sicherlich einen nicht geringen Anteil daran, daß diese Tendenzen bisher nicht mit jener Aggressivität zum Ausdruck kamen, die den Wünschen des englischen Imperialismus und seiner deutschen Verbündeten und Agenten entsprochen hätten. Indessen konnte die diplomatische Tätigkeit Broddorf-Rankaus an der immer klarer sich entwickelnden Westorientierung des deutschen Imperialismus nichts ändern. Es war eine Illusion von Broddorf-Rankau und anderen Vertretern der deutschen Bourgeoisie, zu glauben, daß ein kapitalistisches Deutschland auf die Dauer eine vom Weltimperialismus unabhängige Politik gegenüber der Sowjetunion befolgen würde.

Je mehr der deutsche Imperialismus erstarrte, um so klarer zeigte es sich, daß diese Illusionen im Widerspruch zur gesamten internationalen politischen Lage, im Widerspruch zur Verschärfung der Beziehungen zwischen dem Arbeiterstaat und der kapitalistischen Welt standen. Der Dawes-Pakt, Locarno, der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund waren die einzelnen Stappen zur Liquidierung jener Außenpolitik, die Broddorf-Rankau zu fördern können glaubte. Der Abbruch der wirtschaftlichen Verhandlungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, die Neuherungen Groeners über die Verwendung des Panzerkreuzers A „gen Osten“, das heißt gegen die Sowjetunion, die Verbotshetze gegen den RZP, die von Reudell eingeleitet wurde und von Severing fortgesetzt wird, waren weitere alarmierende Symptome für den sowjetfeindlichen Kurs der ausschlaggebenden Teile der deutschen Bourgeoisie. Daß damit der Tätigkeit Broddorf-Rankaus, die auf eine Aufrechterhaltung der wirklichen und nicht nur vorgetäuschten Neutralität Deutschlands im Kampfe des Weltimperialismus gegen die Sowjetunion gerichtet war, immer enger Grenzen gezogen wurden, ergab sich aus der Situation von selbst. Im Zusammenhang mit der Eingliederung der deutschen Außenpolitik in die Front des Völkerbund-Imperialismus wurden die Tendenzen, Broddorf-Rankau von seinem Posten zu entfernen, ebenfalls immer stärker. Der durchaus bürgerliche Diplomat wurde von der Presse des Bürgerblocks mit Vorliebe als ein Schwächling bezeichnet, der die Interessen Deutschlands nicht mit der genügenden Energie in der Sowjetunion vertrete. Die Intrigen im auswärtigen Amt, die seine Abberufung aus Moskau zum Ziele hatten, hörten aber auch nach der Wahlniederlage des Bürgerblocks nicht auf. Im Gegenteil. Ein Teil der deutschen bürgerlichen Presse, der dem Rabinet der Köpfe nahestand, lancierte hartnäckig Gerüchte, daß Broddorf-Rankau nicht mehr nach Moskau zurückkehren werde. Sein Tod wird den sowjetfeindlichen Kreisen in Deutschland den willkommenen Anlaß geben, um eine Befetzung des deutschen Botschafterpostens in Moskau zu fördern, die mit der „allgemeinen Linie“, das heißt mit dem westimperialistischen Völkerbundskurs der deutschen Außenpolitik im Einklang stehen soll.

Daran wird auch die gegenwärtige außenpolitische Situation Deutschlands, das Schwanken zwischen der Anlehnung an Amerika oder an den englisch-französischen Block nichts ändern. Insbesondere wird die deutsche Sozialdemokratie, die am Kriegskurs gegen die Sowjetunion nach wie vor festhält und ihn zu forcieren bestrebt ist, dafür sorgen, daß die sowjetfeindliche Spitze der Außenpolitik der Koalitionsregierung nicht abgehoben wird. Es ist nicht ausgeschlossen, ja, sogar wahrscheinlich, daß die außenpolitische Isolierung, in der sich der deutsche Imperialismus befindet, diesen zu verschiedenen Manövern veranlassen wird. Eines dieser Manöver wird die Drohung mit der Herstellung engerer Beziehungen zur Sowjetunion sein. Das Auftreten Müllers in Genf brachte aber wieder einmal den Beweis dafür, daß die Sozialdemokratie, nicht zuletzt von ihrem tödlichen Haß gegen den Arbeiterstaat im Osten geleitet, den Ausweg aus der jetzigen Sackgasse in der noch engeren Anlehnung an den englischen Imperialismus sucht. In den Claquekämpfen, die jetzt am den Posten eines Außenministers sowie um die leitenden Posten im auswärtigen Amt überhaupt entbrannt sind, wird die Befetzung des deutschen Botschafterpostens in Moskau ebenfalls eine nicht unbedeutende Rolle spielen, und in diesen Claquekämpfen wird die Sozialdemokratie ihren Einfluß zweifellos im Sinne einer Verärgerung des Panzerkreuzerkurses, das heißt des sowjetfeindlichen Kurzes, benutzen. Das deutsche Proletariat weiß sehr gut, daß die Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion letzten Endes

Und wieder eine Lügenbombe geplatzt!

Die „Nationalbolkschweifen“ der SPD.

Breslau, 10. September.

Die SPD. hat Pech mit ihrer Lügenoffensive. Kaum hatte sie den von Lügen-Künstler ausgebrachten Schwindel von dem „im Stich gelassenen Max Hoelz“ verbreitet, da waren wir in der Lage, sofort nachzuweisen, daß unser Genosse mit der Hilfe, die ihm Partei und Rote Hilfe angebeihen ließen, sehr zufrieden war. Heute nimmt Max Hoelz selbst das Wort, und von dem SPD.-Schwindel bleibt nicht mehr übrig, wie von einer geplatzten Seifenblase.

Am Donnerstag voriger Woche ließ die „Volkswacht“ einen neuen Schwindel steigen, den sie der „Münchener Post“ entnommen hatte. Sie behauptete, Vertreter der SPD. in Schlesien und Oberschlesien hätten mit den Fememordorganisationen zusammengearbeitet und Gelder von ihnen bezogen, u. a. würde auch Genosse Thomas (Jena) verdächtigt. Unser Genosse hat nunmehr der „Münchener Post“ nachstehende Berichtigung gesandt:

„An die Redaktion der „Münchener Post“, München, Althelmer Gd 10.

Unter Bezugnahme auf § 11 des Pressegesetzes ersuche ich Sie um die Aufnahme folgender Berichtigung:

In einem Artikel in Nummer 204 der „Münchener Post“ vom 4. September 1928 auf Seite 3 der Beilage veröffentlichte Sie unter der Überschrift „Litauen und der Münchener Pässebstahl“ eine Zuschrift, die unwahre Behauptungen über mich enthält.

Erstens heißt es in dem Artikel, daß der Hauptmann a. D. Deppo Römer „als Oberlandführer seinerzeit die kommunistische „Neue Zeitung“ finanziert“ habe.

Diese Behauptung ist unwahr. Wahr ist vielmehr, daß während meiner Leitung der „Neuen Zeitung“ in München niemals irgendwelche Gelder aus bürgerlichen Kreisen der Redaktion angeboten oder von ihr angenommen worden sind.

Zweitens. In dem Artikel wird behauptet:

„Die in Schlesien mit ihm zusammenarbeitenden Vertreter der SPD., der damalige kommunistische Abgeordnete Otto Graf und der heute noch eine beträchtliche Rolle im kommunistischen Lager spielende Otto Thomas, erhielten außerdem aus der Kasse der Nachrichtenabteilung („Kasskommando“, auch „Fememordorganisation“ genannt) persönlich monatliche Zuwendungen, die in die Kaufende von Goldmark gingen.“

Diese Behauptung ist u n w a h r.

Wahr ist vielmehr, daß ich niemals, weder als Vertreter der SPD., noch als Privatperson mit Dr. Römer oder dem Freikorps Oberland in Schlesien zusammengearbeitet habe. Wahr ist ferner, daß ich niemals von Dr. Römer irgendwelche Gelder angeboten erhalten habe. Insbesondere ist unwahr, daß ich jemals aus der Kasse der Nachrichtenabteilung oder sonst von irgendeiner Privatperson oder einer Organisation, außer der kommunistischen Partei Deutschlands, irgendwelche Gelder angenommen habe.

Damit dürfte die Verleumdung, die hier an der kommunistischen Partei und kommunistischen Parteigenossen versucht wird, ihre Erblichkeit gefunden haben.

Im übrigen ist es immer wieder interessant, zu beobachten, daß die sozialdemokratische Presse in ihren Reihen den bekannten Otto Graf duldet, der, wie sich nach seinem Uebertritt zur SPD. herausstellte, in der Tat vom Freikorps Oberland Gelder erhalten haben soll. Solche Leute gehören auch dahin, wo sie sind, — in die SPD!

Nicht nur Lügen-Künstler, auch seine Nachahmer in der schlesischen und ober-schlesischen SPD.-Presse haben Künstlerpech. Sie werden ihre matte Phantasie also wiederum strapazieren müssen, um durch neue Lügen über die SPD. die Aufmerksamkeit der SPD.-Arbeiter von der Koalitions- und Panzerkreuzerpolitik abzulenken.

Max Hoelz antwortet den Verleumdern!

Die SPD.-Presse ganz Deutschlands mußte dieser Tage eingehend zu berichten, wie Max Hoelz durch die Kommunisten als Kellameister mißbraucht und dann im Stich gelassen worden sei. Der „Volkswacht“ war dieser Schwindel so willkommen, daß sie ihn als Spitze auf der ersten Seite aufmachte. Der folgende Brief des Genossen Hoelz in dieser Angelegenheit gibt den Arbeitern hinreichend Aufschluß über die Lage des Genossen Hoelz und zeigt weiter die freche Sitte seiner und seiner Parteiverleumder.

„An das

Zentralkomitee der SPD.

Berlin, Kleine Alexanderstraße 28.

Werte Genossen!

Leider sehr spät erhalte ich die neuesten Schurkereien des „Vorwärts“ zugesandt, betreffend die 100 Mark vom Wohlfahrtsamt in Berlin. Ich befinde mich, wie Ihr wißt, seit 14 Tagen im Süden Deutschlands, um meine während der acht langen Kerkerjahre (die ich, wie allen Arbeitern bekannt ist, in allererster Linie den „Vorwärts“-Deuten Ebert-Göring-Rabdrusch-Nichter-Heilmann usw. verdanke) heruntergekommenen Nerven etwas zu restaurieren.

Der ungeheure Schwindel des famosen Seifen-Künstlers wird schon allein durch die Tatsache widerlegt, daß die Erholung, die ich jetzt hier genieße, gar nicht möglich wäre ohne die tatkräftige Unterstützung der Roten Hilfe Deutschlands und des Zentralkomitees der kommunistischen Partei. Gerade das Zentralkomitee der SPD. war es, das mir alle Wege geebnet hat, damit ich endlich die dringend notwendige Erholungsreise antreten konnte, aber nicht nur in meinem besonderen Fall hat Partei und Rote Hilfe das menschen-

mögliche getan, sondern ich weiß aus eigener Kenntnis der Tatsache, daß beide Organisationen mit derselben Energie alles aufgebieten haben, damit auch die anderen entlassenen Genossen auf mehrere Wochen in den herrlichen Gegenden des Thüringer Landes und des sächsischen Elbetales zur Erholung untergebracht werden. Die sehr erheblichen Kosten für den Erholungsaufenthalt so vieler Gefangenen tragen ganz allein die Rote Hilfe und die SPD.

Um sich vor den Arbeitern wegen des ungeheuerlichen Panzerkreuzer-Standals zu entlasten, versallen die SPD.-Verleumder auf die dümmsten Mittel. In Hannover, in Halle und im Vogtland versuchte die SPD.-Presse anlässlich der Kundgebungen für meinen Empfang in ganz hinterlistiger Weise einen Keil zwischen mich und meine Partei zu treiben. Die Absicht, die sie sich dabei holten, sieht ihnen noch in den Knochen, und trotzdem können sie es nicht unterlassen, auf diese durchsichtigen Manöver zu verzichten.

Daß ich bei einem Berliner Wohlfahrtsamt 100 Mark erhielt, war dem Zentralkomitee der Partei überhaupt nicht bekannt. Nachdem eine Reihe aus den Reihen entlassener Genossen die ihnen zustehende Unterstützung vom Wohlfahrtsamt erhalten hatten, wurde auch ich aufgefordert, die mir zustehenden 100 Mark abzuholen. Ich habe das getan. Sobald ich meinen Erholungsurlaub hier beendet habe, werde ich ja selbst noch Gelegenheit haben, dem Lügen-Künstler die Antwort zu geben.

Mit Parteigruß

Guer Max Hoelz.

nicht von diplomatischen Intrigen, nicht von der Personenbefetzung der diplomatischen Posten, sondern von den Klassenkräften und Klassenzielen abhängen. Das deutsche Proletariat weiß auch, daß ein kapitalistisches Deutschland gegenüber der Sowjetunion auf die Dauer nur eine imperialistische, das heißt eine Kriegspolitik betreiben kann, daß der Friede nur durch den Sturz der bürgerlichen Klassenherrschaft und die Errichtung der proletarischen Macht in Deutschland gesichert werden kann. Das soll aber die deutsche Arbeiter-schaft nicht abhalten, die jetzigen Intrigen und Claquekämpfe um den Kurs der deutschen Außenpolitik mit wachsamem Auge zu verfolgen. Die Mobilisierung der arbeitenden Massen zum Kampfe gegen

den Panzerkreuzerkurs durch die Volkseisenbahn-Kampagne ist zugleich ein Kampf gegen die bürgerlich-sozialdemokratische imperialistische Geheimdiplomatie, die nur eines der Mittel des Panzerkreuzerkurses ist.

Schweres Autobusunglück in Polen. In Lemberg, 11. September. Zwischen Lemberg und Strzy überquerte ein vollbesetzter Autobus und blieb mit den Rädern nach oben liegen. Von den Insassen wurden zwei getötet und 17 schwer verletzt. Das Unglück soll durch einen Reifenschaden verursacht worden sein.

Gegen den Besuch Hindenburgs in Schlesien

gegen die Verleumdung von hunderttausenden Mark für Empfänge und Festessen; gegen Hindenburg und die Hindenburgrepublik; gegen Kriegsrüstung und Koalitionspolitik demonstriert die arbeitende Bevölkerung

in Breslau Montag, den 17. d. Mts. 20 Uhr, im Schützwerder

und in Waldenburg Dienstag, den 18. d. Mts. im „Eckstein“

Schlussbericht vom Hamburger Kongress

Die Opposition zur Bildungsfrage und zur Bundesvorstandswahl — Wirtschaftsfriedlicher Ausklang

Zu Beginn des 6. Verhandlungstages wollte der oppositionelle Delegierte Friedel dem Kongress die Mitteilung machen, daß er von seinem Unternehmer wegen Teilnahme am Kongress freigestellt wurde. Das Präsidium gestattete jedoch dem Delegierten Friedel nicht, diese Tatsache mitzuteilen, jedenfalls weiß sie schlecht, gar zu schlecht zu der Theorie der Wirtschaftsdemokratie paßt.

Es wurde zunächst die Diskussion über das Bildungsreferat fortgesetzt, und als erster Redner sprach der oppositionelle Delegierte Kraus-Stuttgart. Er führte aus: Wenn wir uns den Bericht des Referenten ansehen, so muß festgestellt werden, daß insbesondere in bezug auf das staatliche Schulwesen nicht nur ungenügende Forderungen gestellt, sondern das kapitalistische System besteht, dient das Schulwesen nur der Festigung und Sicherung dieses kapitalistischen Systems. Das beweisen zunächst einmal die Lehrpläne, die wir in den Volksschulen haben, wobei nicht vergessen werden soll, an den Kampf wegen des Reichsschulgesetzes und das Konkordat in Bayern zu erinnern. Bei dieser Gelegenheit will ich auch auf die Einstellung der Sozialdemokratischen Partei und damit auch der Gewerkschaften zum religiösen Sozialismus hinweisen. Der Kampf gegen das staatliche Schulwesen bedeutet gleichzeitig den Kampf gegen den kapitalistischen Staat.

Die Gewerkschaftsschulen müssen der Erziehung zu bewußten Klassenkämpfern dienen, das Gleiche gilt auch für die in Frage kommenden Lehrkräfte, die unbedingt auf dem Boden des Klassenkampfes stehen müssen. Eine weitere Bildungsmöglichkeit ergibt sich durch die Gewerkschaftspressen, die entsprechend ausgebaut werden muß. Es muß unterbleiben, die Mitglieder mit den Illusionen der Wirtschaftsdemokratie vollzustopfen. Weiter muß in der Gewerkschaftspressen die Beförderung der Koalitionspolitik verschwinden. Die Gewerkschaften müssen auf die Entsendung von Schülern zu den staatlichen Wirtschaftsschulen so lange verzichten, solange die Gewerkschaften nicht die Kontrolle, d. h. den Einfluß auf das Lehrprogramm und die Lehrkräfte haben. Ich erinnere an die Wirtschaftsschule in Comburg in Württemberg, in der nur bürgerliche Lehrkräfte tätig sind. Daß von solchen Hochschulen Gewerkschaftsmitglieder nicht als Marxisten wiedertreten, ist jedem klar.

Ein Hauptaugenmerk muß auf den Literaturvertrieb gerichtet werden, es darf nicht so gehen, wie es die Verlagsgesellschaft des ADGB macht, daß sie Bibel in zum Verkauf anbietet und für das amerikanische Ford-System Propaganda macht. Außerdem verlangen wir die Herabsetzung der Preise für Bücher und Zeitschriften, damit sie auch von den Arbeitern angeschafft werden können. Zum Schluss sei noch auf folgendes hingewiesen: Kein Tagesordnungspunkt ist auf dem ganzen Kongress behandelt worden, ohne daß man über die oppositionelle Richtung hergefallen ist. Auch hier glaubte der Referent sagen zu müssen, daß die kommunistische Gewerkschaftsarbeit nicht zum Vorteil für die Gewerkschaften sei.

Wir wenden uns natürlich mit aller Entschiedenheit gegen diese Behauptung, denn wir sind in der Lage, den Nachweis der erfolgreichen Gewerkschaftsarbeit der kommunistischen Ortsverwaltungen der Gewerkschaften zu erbringen. Die schönen Worte des Kollegen Friedel aus Breslau und des Bundesvorstandsmitgliedes Graßmann, die sie beim ersten Punkt der Tagesordnung gebrauchten, entsprechen nicht den Tatsachen. Sie erklärten nämlich, daß kein Kommunist in den Gewerkschaften behindert wird, seine politische Meinung zum Ausdruck zu bringen und sich gewerkschaftlich zu betätigen. Man bekommt wirklich manchmal das Empfinden, daß es unangenehm ist, wenn in den Kommunisten bekehrten Ortsverwaltungen Erfolge zu verzeichnen sind. Trotz der Herabsetzung und Herabwürdigung unserer erfolgreichen Arbeit in den Gewerkschaften werden alle kommunistischen Mitglieder nach wie vor ihre Pflicht erfüllen. (Höhnisches Geschrei der Bürokratie.)

Es folgte die Wahl des Bundesvorstandes, bei der die reformistischen Claque ihre internen Differenzen auf offener Bühne aufrollen. Auf der Vorschlagsliste stehen nämlich neben dem kranken Jaekel (Textilarbeiterverband) die bisherigen Vorstandsmitglieder Brunner (Verkehrsbund), Bader (Lebensmittel- und Getränkearbeiterverband) und Sabath (Bekleidungsarbeiterverband). Zunächst fordert Schumann vom Verkehrsbund die Wiederwahl Brunners, so auch die Transportarbeiter, Eisenbahner und Eisen- und Ge-

meindearbeiter mit insgesamt 850 000 Mitgliedern, die 20 Prozent des gesamten ADGB ausmachen, überhaupt keine Vertretung im Bundesvorstand mehr haben würden. Dann beschwerte sich ein Vertreter des Bekleidungsarbeiterverbandes, daß sie jetzt nicht mehr im Vorstand vertreten wären, da Sabath ohne Verständigung mit der Verbandsleitung auf eine Wiederwahl (angeblich freiwillig) verzichtet habe. Er schlägt statt dessen Martin Plettl vor. Auch ein Vertreter des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter fordert die Wiederwahl von Bader. Für die Opposition gab der Delegierte Friedel folgende Erklärung ab:

Die unterzeichneten Delegierten erklären zur Wahl des Bundesvorstandes:

Um die Arbeiterkämpfe erfolgreich zu führen, ist die Wahl einer Leitung der deutschen Gewerkschaften, die auf dem Boden des Marxismus den radikalsten Kampf gegen alle wirtschaftsfriedlichen Tendenzen führt, die bereit ist, die Massen zu organisieren, ihr Klassenbewußtsein zu entwickeln und sie im Kampf zur Besserung ihrer Lebenslage, zur Zurückdrängung und schließlich zum endgültigen Sturz der herrschenden Bourgeoisie zu führen, eine der wichtigsten Voraussetzungen. Die Maßnahmen und Beschlüsse des Kongresses, u. a. die Veränderung der Verbandsstruktur, die Beschlüsse, die Vereinigungen gegen die kommunistische Partei, die über 3 1/2 Millionen Anhänger zählt, die die einzige Klassenpartei des deutschen Proletariats darstellt, der Ginzamwurf der Presseberichterstattung, der Verstoß, den die große Mehrheit des Kongresses dagegen den Ministern der sozialistischen Koalitionsregierung zollte, denen der Bundesvorstand die Möglichkeit gab, auf dem Kongress der freien Gewerkschaften die Interessen der Bourgeoisie zu vertreten, die Zustimmung zu den Anträgen des Bundesvorstandes — besonders zu denen zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie und zum Geschäftsbericht —, die vollkommene Ignorierung der Notwendigkeit des internationalen Zusammenenschlusses des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes und der wachsenden Kriegsgefahr, die Ablehnung der Anträge der Opposition zur Kriegsgefahr und gegen den Panzerkreuzerbau beweisen uns, daß der bisherige wirtschaftsfriedliche, arbeitsgemeinschaftliche Kurs des Bundesvorstandes verfehlt weitergeführt werden soll. Die Zusammenziehung des Bundesvorstandes wird deshalb in Uebereinstimmung mit diesem Kurs erfolgen.

Indem wir im Namen der hinter uns stehenden Massen oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder erneut auf das entschiedenste gegen die Maßnahmen und gegen die Beschlüsse des Kongresses protestieren, stellen wir fest, daß wir uns an der Wahl des Bundesvorstandes nicht beteiligen werden.

Wie auch in allen vorhergehenden Fällen, versuchte der bürokratische Apparat auch hier, die Abgabe der Erklärung zu verhindern. Ein von dem Schuhmacher-Verband sprach dann gegen die disziplinwidrigen drei Vorschläge der genannten Verbände. Die Wahl ergab folgenden Resultat: Vorstände: Seipart (267 Stimmen), Hermann Müller (274), Graßmann (272). Sekretäre: Eggert (272), Knoll (239). Redakteur: Umbreit (274). Kassierer: Kube (270). Beisitzer: Larnow (245), Reichel (267), Bruhns (229), Bernhardt (247), Janschied (240), Mahler (191), Schrader (249), Georg Schmidt (167). Für den Lehren stimmten 60 Prozent der Delegierten.

Ein anderer Antrag, der die Sicherung einer bestimmten Anzahl von Reichstags- und Landtagsmandaten für die Gewerkschaftsführer vorsieht, wurde abgelehnt, da die Gewerkschaften zur SPD in einem so herzlichen Verhältnis stünden, daß hier eine besondere Festlegung nicht notwendig sei. Einige Anträge zur Wohnungsfrage, die die Bauarbeiter und Zimmerer gestellt hatten, wurden abgelehnt, da die Stellungnahme des ADGB zur Wohnungsfrage bekannt sei. Ein Antrag des FVW, daß Mitglieder einer dem ADGB angeschlossenen Organisation nicht zum Uebertritt in eine IFA-Organisation verpflichtet sein sollen, wenn sie in gemeinwirtschaftlichen oder konsumwirtschaftlichen Betrieben, in sozialpolitischen oder bei Behörden beschäftigt sind, wird abgelehnt.

Unter den üblichen Schlussreden sind die Ausführungen Schumanns vom Verkehrsbund erwähnenswert, der zunächst dem Hamburger Senat für das Festessen dankt und dann sagte: „Nachdem wir ein mitwirkendes Glied des neuen Staates geworden sind, haben wir alle ein Recht, unsere Stellung zum Staate einer gründlichen Revision zu unterziehen. Dieser Staat ist unser Staat!“

Verbände werden alle zulässigen Mittel anwenden, um den von den Gewerkschaften eingeleiteten Kampf zu dem Ende zu führen, daß der Wirtschaftsfrieden beseitigt und damit allein auf die Dauer auch den Interessen der Arbeiterschaft gerecht wird.“

Das ist in dürren Worten die Ankündigung an die Textilarbeiter: Jede Forderung auf Erhöhung ihrer Hungerlöhne werden wir mit Gewalt niederschlagen. Während also auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress in Stundenlang „geehrten“ Reden die Herren Sabath, Seipart, Larnow u. Co. die illusionäre „Wirtschaftsdemokratie“ predigen, zeigen die Unternehmer der Arbeiterschaft an praktischen Beispielen, daß dieses Gerede von der „Demokratisierung“ der Wirtschaft ganz gewöhnlicher fauler Zauber ist. (Siehe auch Hauptblatt.)

ber, zum Teil recht originell anzuhören, und endeten zum Schluss in allgemeiner Heiterkeit. Dann sprach der Kollege Schurz zu einigen Angelegenheiten des Verhandlungstages, wies auf die Vorgänge beim ADGB-Kongress in Hamburg hin und protestierte gegen den Ginzamwurf der kommunistischen Pressevertreter sowie gegen die unerhörten Beschimpfungen des ADGB-Vorsitzenden Seipart gegenüber der Opposition. Im besonderen kritisierte er dann die vorhergegangene Ungültigkeitserklärung der vier Berliner Mandate zum ADGB-Kongress. Zu dieser Sache wurde eine Entschließung, die an den Vorstand geschickt werden soll, mit folgendem Wortlaut eingeleitet:

„Die am 6. September tagende Bundeseinheitliche Metallarbeiterversammlung protestiert gegen die Ungültigkeitserklärung der Mandate der durch Urabstimmung gewählten vier Berliner Metallarbeiter zum Gewerkschaftskongress in Hamburg. Die Versammlung betrachtet es als unvereinbar mit den Grundsätzen der Demokratie, wenn bei einer Annullierung keine Urabstimmung stattfindet, sondern einfach die mit mehreren tausend Stimmen in der Minderheit gebliebenen Gegenmandaten zum Kongress delegiert werden.“

Die Entschließung wurde am Schluss der Versammlung mit Mehrheit angenommen, nur wenige Kollegen enthielten sich der Stimme. Kollege Hirsch beleuchtete in seinem Schlusswort die verschiedenen Ausführungen der Diskussionsredner. Seine Worte klangen aus in der Aufforderung, als Ausgebendete zusammenzutreten unter den alten marxistischen Grundsätzen. Nur so wird es der Arbeiterschaft gelingen, wirklich vorwärts zu kommen.

Nachdem der Vorsitzende Kollege Schurz noch auf ein Dankschreiben des Arbeitersamariterbundes und auf ein Schreiben des Esperantobundes hingewiesen hatte, wurde die Versammlung in vorgerückter Stunde geschlossen.

Diktatur der reformistischen Bürokraten

Dem Vorstand des Ortsrats des ADGB in Neuhof wurde vom Bezirksvorsitzenden des ADGB verboten, von sich aus Versammlungen einzuberufen und Unterschriften im Namen des Ortsauschusses zu leisten. Der bisherige Vorsitzende des Ortsrats, der es ablehnte, über Anträge der Opposition abstimmen zu lassen und immer mehr in Gegensatz zu der oppositionellen Mehrheit des Ortsrats geriet, wurde schließlich abgesetzt. Der Bezirksleiter des ADGB erklärte aber, daß der Bezirksauschuss bis auf weiteres die Leitung des Ortsrats selbst in die Hand nehme (!).

Weitere Proteste gegen den Spaltungskurs

Die Arbeiter, Stemmer und Bohrer von Döhm & Söh, Hamburg, protestieren in einer freigewerkschaftlichen Branchenversammlung gegen den Ginzamwurf der kommunistischen Pressevertreter auf dem ADGB-Kongress.

Die Mitgliederversammlung des DMB des Betriebes Dalmier-Sinbelingen nahm einstimmig Stellung gegen den Spaltungskurs im DMB.

Eine kombinierte Betriebsversammlung von Ströbing und Martzthien, Mag Jahn, Leuzsch, protestierte mit den Stimmen der anwesenden sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Spaltungspolitik des ADGB.

Der Vorstand des ADGB-Ortsauschusses in Simbach sagte eine Protestentschließung.

Antifowjetpolitik der englischen Gewerkschaften

Ein Vorkoch gegen die Gewerkschaftseinheit

Der englische Gewerkschaftskongress hat mit großer Mehrheit einen Antrag auf Wiederaufnahme der Beziehungen zu den russischen Gewerkschaften abgelehnt. Eine entsprechende Resolution wurde mit 400 000 gegen fast drei Millionen Stimmen abgelehnt. Im selben Verhältnis wurde ein Antrag abgelehnt, eine Weltkonferenz der Gewerkschaften einzuberufen und auf dieser Konferenz eine föderale Gewerkschaft aller Richtungen umfassende internationale Einheitsgewerkschaft zu gründen.

Vor der Abstimmung über diese Anträge hielt im Auftrag des Generalsekretärs des Gewerkschaftskongresses der Eisenbahnerführer Thomas eine große antifowjetische Rede. Die Abstimmung ist ein durchschlagender Erfolg der Rechten. Thomas konnte diesen Erfolg buchen, trotzdem ein Redner der Bergarbeiterverbände mitgeteilt hatte, daß Thomas in der diesjährigen Londoner Saison an den Moderatoren von Ascot im Coutemay und Zylinderhut in Begleitung von Lords und Damen der „hohen englischen Gesellschaft“ teilgenommen hat.

Die „Wirtschaftsdemokratie“ der Textilbarone

Sie wollen jeden Lohnkampf mit Gewalt niederschlagen — Rehrseite der Hamburger Bürokratenhebe

Der Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie gibt folgende Beschlüsse bekannt:

„Die heute in Berlin vollständig versammelten Vertreter der dem Arbeitgeberverband der Deutschen Textilindustrie angeschlossenen Bezirks- und Ortsverbände befaßten sich mit den in verschiedenen Textildistricten ausgebrochenen Arbeitskämpfen. Sie erklärten in den von den Textildistricten gestellten neuen Lohnforderungen die bestimmte Absicht, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einer allgemeinen Erhöhung der Textilarbeiterlöhne im gesamten Reich den Weg zu bereiten. Aus dieser Erkenntnis heraus kehrt die gesamte deutsche Textilindustrie mit ihrem Spitzenverband hinter den angegriffenen Verbänden. Diese

Verbände werden alle zulässigen Mittel anwenden, um den von den Gewerkschaften eingeleiteten Kampf zu dem Ende zu führen, daß der Wirtschaftsfrieden beseitigt und damit allein auf die Dauer auch den Interessen der Arbeiterschaft gerecht wird.“

Das ist in dürren Worten die Ankündigung an die Textilarbeiter: Jede Forderung auf Erhöhung ihrer Hungerlöhne werden wir mit Gewalt niederschlagen. Während also auf dem Hamburger Gewerkschaftskongress in Stundenlang „geehrten“ Reden die Herren Sabath, Seipart, Larnow u. Co. die illusionäre „Wirtschaftsdemokratie“ predigen, zeigen die Unternehmer der Arbeiterschaft an praktischen Beispielen, daß dieses Gerede von der „Demokratisierung“ der Wirtschaft ganz gewöhnlicher fauler Zauber ist. (Siehe auch Hauptblatt.)

Die Riesther Metallarbeiter protestieren

Der Oppositionsdelegierte Hirsch berichtet über den Verbandstag

Am 6. September gab Kollege Hirsch-Schweidnitz in einer Metallarbeiterversammlung in Riezlich den Bericht vom Verbandstag in Karlsruhe. In durchaus sachlicher, aber auch zugleich kritischer Form erläuterte Kollege Hirsch den Verlauf der Tagung. Die Kollegen von Riezlich erhielten insbesondere ein Bild von der Stellungnahme der Opposition zu den wichtigsten Punkten des Verbandstages, wie Schließungshoehen, Wirtschaftsdemokratie, Unfallversicherung usw. Der Berichtshatter betonte, daß die Lehren, welche die Funktionäre des ADGB auf der Wirtschaftsschule in Dürrenberg erhalten, unüberwindlich sind mit den Beschlüssen des Verbandstages. Keiner

Beifall am Schluß bewies, daß die Mehrzahl der Versammlungsteilnehmer die Ansicht des Kollegen Hirsch teilte. In der Diskussion meldete sich von der Verbandsmehrheit der Kollege Barthel zu Wort. Er unterprüf zwar manches vom Hirsch Geagte, wies aber in den grundsätzlichen Fragen, wie Wirtschaftsdemokratie, von ihm ab und begründete den bekannten Standpunkt der SPD. Schlimm hörte es sich an, wenn diese Kollegen im vollen Duktus ihrer Ueberzeugung den Ruf nach Gleichberechtigung und „vollem Mitbestimmungsrecht“ erhoben und dabei das Verfahren des Vorstandes gegenüber der Opposition nicht kritisierten. Die Ausführungen eines weiteren Redners der SPD waren ein ziemlich undefinierbares Durcheinander.

Schauspielhaus Operettenbühne Breslau Telephone Nr. 84300 Dienstag, Donnerstags und Freitag 20 Uhr: Guelhne Mittwoch, 20 Uhr: Orfina Mariza Mittwoch, 20 Uhr: Sie verdienen Sie täglich 10 Mark mit Schnürsenkel Nur per Post kommen Resie in Serge, Mittel, Leinwand, Kermelfutter Rohhaar, Brn Knöpfe Kernseife, Erdal alles sehr billig prima Ware Detail und Gross Berth. Lippert Breslau Petrusstraße 16 (alt. 17) Belzigerberggasse 43	Stadt-Theater Breslau (Opernhaus) Dienstag, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie F 1 In 10 Aktünder Neulassung Der Ring des Nibelungen Vorabend: Das Rheingold Mittwoch, 20 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie G 1 Der Waffenschmied Donnerstag, 20 Uhr Gastspiel Elise Pochmann (Metropoltheater Berlin) Die Fledermaus Freitag, 19.30 Uhr Abonnement-Vorstellung Serie H 1 Garmen Sonnabend, 20 Uhr Die letzten Weiber von Windsor Sonntag, 19 Uhr Rahenortn
---	--

Abonnenten-Werber

gegen hohe Provision gesucht
Trebntitzer Str. 50

Erwerbslose, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger

Protest-Versammlung

am Donnerstag, dem 13. September, 18 Uhr, im „Berkeller“, Kleischlauer.

Für Einreichung sämtlicher Erwerbsloser in die Arbeitslosen-Versicherung für Erhöhung der Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung für Zuweisung von Kohlen- und Lebensmittelkarten für das Winterhalbjahr Gegen den Bau von Panzerkreuzern Gegen die unzulängliche Arbeitslosenfürsorge

Das Erscheinen aller Erwerbslosen ist Pflicht. Wer nicht erscheint, macht sich mitschuldig an der weiteren Verelendung der Erwerbslosen. Der Landesansatz der Erwerbslosen

Betrunkene Landjäger überfallen Arbeiter!

Anlässlich des Untergangtreffens in Ohlau war eine Reihe von Arbeitern mit den Räubern nach Ohlau gefahren. Friedlich führen die Kameraden mit ihren Räubern gegen 9 Uhr wieder zurück. In Dorfe Mischwitz wurden die Radfahrer von betrunkenen Landjägern brutal von den Räubern gerissen, ohne Rücksicht darauf, daß eine ganze Reihe von Kameraden dadurch schwer zum Sturz kam. Zwei Gastautos mit Schupo unter Führung des berüchtigten Kersch unterstützten diese unerhörten Provokationen. Mit vorgehaltenen Revolvern wurden alle erschossen, welche kein Licht an den Räubern hatten, festgenommen, ja, man versuchte sogar, die Räuber zurückzuhalten. Ein Landjäger war so betrunken, daß er nicht mehr stehen konnte und umfiel. (Vielleicht behauptet man nachher, daß die Landjäger gar nicht betrunken waren.) Die Empörung der Arbeiter war natürlich ungeheuer, und nur der Disziplin der Kameraden ist es zu verdanken, daß diese Provokation nicht mit einem Blutvergießen endete. Selbst sozialdemokratische Arbeiter aus dem Dorf gaben ihre Empörung unverhüllt zum Ausdruck. Ansehend sind anlässlich des Feuerwehreffens die Landjäger zu gut bewehrt worden und auf den Überfall von den nationalistischen Elementen aufgehetzt worden.

Die Arbeitsmarktlage in Schlesien

Die Arbeitsmarktlage zeigte in der Woche vom 23. bis 29. August gegenüber der Vorwoche eine weitere Verschlechterung. In der Provinz Niederschlesien stieg die Zahl der Arbeitsuchenden von 58 430 auf 58 829, die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 33 345 auf 33 400. Hier ist in der Arbeitslosenversicherung ein Rückgang von 27 519 auf 27 498, in der Arbeitslosenversicherung ein Steigen von 5826 auf 5907 zu verzeichnen.

In der Stadt Breslau ging die Zahl der Arbeitsuchenden von 33 063 auf 32 738 zurück, die der Hauptunterstützungsempfänger von 15 600 auf 15 434. In der Arbeitslosenversicherung fiel die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger von 10 605 auf 10 414, während sie in der Arbeitslosenversicherung von 4905 auf 5020 stieg.

Rino

Weltbühne. „Das Wochenendliedchen.“ Ein toller, lustiger Schwank, der die sehr temperamentvolle Belehrung eines Frauenhassers zum glücklichen Ehemann zeigt. Der Film hat sehr viel lustige Szenen und bringt sehr naturgetreue Aufnahmen aus dem Landleben der Bourgeoisie. In der Bühnenschau werden Rekordleistungen gezeigt. Die Geschwister Sonja bekommen starken verdienten Beifall für die sehr graziose Vorführung von russischen Volkstänzen. Der Artist Schäfer zeigt außergewöhnliche Leistungen mit dreiflügelten Hunden.

Apollo-Lichtspiele. „Dr. Bessels Verwandlung.“ Eine spannende Episode aus dem Weltkrieg. Die Untreue seiner Frau, die er zufällig erfährt, veranlassen Dr. Bessel, durch Umkleiden und Anschließen der Erkennungsmarke eines toten Franzosen, sich auf dem Schlachtfeld in einen Franzosen zu verwandeln. Er erringt drüben das Herz eines Mädchens, erlebt höchstes Glück und tiefsten Schmerz. Das hohe Lied der Mutterliebe erklingt mächtig in Schlachtfeld. Hans Stähle in der Hauptrolle versteht es vorzüglich, ein Menschen-schicksal darzustellen. Sonntag und Montag „Die Todesfahrt auf dem Blad-River“.

Obertor-Lichtspiele. „Es zogen drei Burschen.“ Ein Film, der durch humoristische Darstellung des Soldatenlebens wieder Stimmung für das bunte Tuch machen soll. Sonntag und Montag „Dr. Bessels Verwandlung“.

Arbeitssport

L. u. o. annis-Strachen-St. i. n. e. u.

Reges Leben herrschte am Sonntagvormittag in den Straßen des Obertores, durch die die Stadtfestläufe anlässlich des 25jährigen Bestehens der Sportvereinigung „Nordost“ ihren Weg nahmen. Pünktlich um 9 Uhr konnte der Starter fünf Mannschaften der Sportlerinnen auf die 1800 Meter lange Strecke schicken. Gleich vom Start weg setzte sich die 3. Abteilung der Freien Turnerschaft an die Spitze, die sie bis ans Ziel nicht mehr abgab und mit 3,8 Sekunden Vorsprung als Erste das Zielband passierte. Die 2. Abteilung lieferte sich mit der 1. Abteilung einen abwechselungsreichen Kampf um den zweiten Platz, den schließlich die 1. Abteilung für sich erfolgreich gestalten konnte. Die kombinierte Mannschaft 2. Abteilung II und 4. Abteilung I folgte in größerem Abstand vor „Nordost“.

Unerhörte Unterdrückung des Breslauer Wohlfahrtsamtes

Das Wohlfahrtsamt läßt die Arbeitslosenunterstützung für den Hauswirt sinken

Man sollte annehmen, daß Gesetze und Paragraphen wenigstens von denen innegehalten werden, die die Gesetze erlassen resp. die von dem Gesetzgeber zur Ausführung der Gesetze eingesetzt wurden. Daß das nicht der Fall ist, beweist uns nächstehender Vorfall. Der § 111 des Arbeitslosen-Versicherungsgesetzes lautet: „Die Arbeitslosenunterstützung ist der Pfändung nicht unterworfen.“ Was tat aber der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Herr Dr. Syrup? Unter dem 16. Dezember 1927 erließ er eine Verordnung, nach der die Arbeitsämter ermächtigt wurden, daß in besonderen Fällen ein Teil der Arbeitslosenunterstützung unmittelbar an den Hauswirt zur Deckung des Mietzinses gezahlt werden kann. Begründet wird diese farnose Verfügung damit, daß der § 109 Absatz 2 vorsieht: „Die Arbeitslosenunterstützung kann ganz oder teilweise in Sachleistungen gewährt werden.“ Der Jurist Dr. Syrup hat gar keine Bedenken, den Begriff der „Sachleistung“ im Sinne des bürgerlichen Gesetzbuches dem Begriff der „Sachleistungen“ gleichzustellen und verfügt eben so eine Pfändung der Arbeitslosenunterstützung auf kästern Wege. Ohne und auf die juristische Spiegel-seiterlei des Herrn Dr. Syrup einzulassen, möchten wir doch erklären, daß die Verfügung des Präsidenten der Reichsanstalt eine glatte Rechtsbeugung darstellt. Eine Rechtsbeugung, wie sie im kapitalistischen Staat tagtäglich zu Hunderten vorkommt, zugunsten der Besitzenden und zuungunsten der Unterdrückten und Ausgebeuteten. Diese Verfügung des Präsidenten der Reichsanstalt hat dazu geführt, daß vielfach nun den Arbeitslosen rücksichtslos die Arbeits-

losenunterstützung gekürzt und der gekürzte Betrag dem Hauswirt zugewandt wird. Dem Breslauer Wohlfahrtsamt ist es nun vorzuziehen, eine besonders traurige Rolle dabei zu spielen, nämlich die des Denunzianten. Von verschiedenen Erwerbslosen, bei denen man eine Pfändung der Unterstützung zugunsten des Hauswirts vornahm, wurde uns gemeldet, daß es nicht der Hausbesitzer, sondern das Wohlfahrtsamt war, das die Pfändung betreibt hat. Unsere Nachfragen haben auch ergeben, daß diese Angaben stimmen. Das Wohlfahrtsamt hat bereits früher die an die Erwerbslosen gezahlten Zusatzunterstützungen direkt an den Hauswirt abgeführt, wenn die Erwerbslosen einmal mit der Miete im Rückstand blieben, weil den die Unterstützung zu niedrig ist und dringender Ausgaben im Haushalt zuerst befristet werden mußten. Damit begünstigt sich aber das Wohlfahrtsamt nicht mehr. Es veranlaßt das Arbeitsamt, daß von der Unterstützung der Erwerbslosen die und die Beträge für Miete zu kürzen und an den Hausbesitzer abzuführen sind. Gegen eine derartige Handlungsweise des Wohlfahrtsamtes muß einschreiten Stellung genommen werden, denn das Wohlfahrtsamt hat nicht den Einklassierer des Hauswirts zu spielen, sondern es ist dazu da, den Erwerbslosen und den anderen Hilfsbedürftigen der Stadt über ihre traurige Lage hinwegzuhelfen. Den Erwerbslosen, die von einer derartigen Pfändung betroffen werden, empfehlen wir, zunächst beim Spruchauschuß des Arbeitsamtes Einspruch zu erheben gegen die unerhörte Rechtsbeugung durch den Präsidenten der Reichsanstalt.

Sind Erwerbslose Lumpen?

Ein unmöglicher Magistratsbeamter

Mu. Das Schöffengericht verhandelte am Sonnabend gegen den stellungslosen Kellner Falke wegen Beleidigung, Hausfriedensbruchs und Widerstands gegen die Staatsgewalt. Falke soll bei einer Auseinandersetzung auf dem Arbeitsnachweis für Kellner den Bürobeamten Michnik beleidigt haben; ferner soll er die Aufforderung des M., das Zimmer zu verlassen, nicht nachgelassen und endlich dem herbeigerufenen Schupo gegenüber tätlich gemordet sein. Der Angeklagte führte zu seiner Verteidigung an, daß ihn Michnik zuerst beleidigt habe, und zwar dadurch, daß er die Erwerbslosen als „Lumpen“ bezeichnete. Michnik erklärte unter seinem Zeugeneid, daß er nie einen solchen Ausdruck gebraucht habe. Es wurde aber von Falke ein im Bühnenraum anwesender Zeuge namhaft gemacht, der eblich bezeugte, auch er sei bereits einmal auf dem Arbeitsnachweis von Michnik „Lumpen“ genannt worden. Unter großer Bewegung der Zuhörer ermahnte daraufhin der Vorsitzende den Zeugen Michnik, seine eibliche Aussage zu berichtigen, da

ke offenkundig falsch sei. Tatsächlich gab nun der in die Angebränge Michnik die Möglichkeit zu, die Erwerbslosen „Lumpen“ geschimpft zu haben. Er entschuldigte sich damit, daß der Beamte durch die Stellung der Dienststelle ein Maßregelungsrecht den Arbeitslosen gegenüber eingeräumt worden sei. Angefichts dieses Sachverhaltes wurde der Angeklagte nur zur gesetzlichen Mindeststrafe verurteilt, und zwar wegen Beleidigung zu 3 Mark und wegen Hausfriedensbruchs zu 5 Mark Geldstrafe. Die Anklage wegen Widerstand wurde fallen gelassen.

Es bedarf dringend der Aufklärung, ob die Sache mit dem von Michnik angeführten „Maßregelungsrecht“ sich tatsächlich so verhält, wie sie in der Verhandlung zur Sprache kam. Arbeitsnachweisbeamte, ganz gleich welcher Kategorie, die der Auffassung sind, man müsse die Erwerbslosen als „Lumpen“ behandeln, sollen schleunigst ihren Dienst quittieren. Wir erwarten, daß hier schleunigst energisch durchgegriffen wird. Die Erwerbslosen haben ein Recht darauf, vor derartigen Frechheiten selbstherrlicher Beamter geschützt zu werden!

Von der Jugend hatten sich nur vier Mannschaften am Start eingeschunden. „Nordost“ kommt am besten vom Start. Beim ersten Wechsel übernimmt die Freie Rudervereinigung Breslau die Führung, die sie mit 86-90 Meter bis zum Ziele behält. Durch unvorsichtsmäßigen Stabwechsel wird die Mannschaft um ihren verdienten Erfolg gebracht. „Nordost“, 4. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau und Sportvereinigung „1897“ nahmen abwechselnd die Führung, bis es „Nordost“ zum Schluß gelang, seine Gegner circa 75 Meter zurückzulassen.

Am Interessantesten war der Lauf der Männer. Acht Mannschaften lieferten schöne Einzelskämpfe. Beim Start verloren die Kanufahrer den Stab und kamen dadurch in Nachteil. 5. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau, 1. Abteilung und 8. Abteilung bilden die Spitzengruppe. „Nordost“ kommt langsam auf und verdrängt die 1. Abteilung auf den vierten Platz. Zwischen den drei Rivalen ging der Kampf, wozu sich auf den langen Strecken „Poseidon“ gestellt. Während „Nordost“ und 5. Abteilung um den ersten und zweiten Platz kämpften, streiten sich Poseidon und Freie Kanuvereinigung Breslau um die nächstfolgenden. In dieser Reihenfolge wird das Ziel passiert.

Nächstehend die Resultate: Lauf der Sportlerinnen (1300 Meter): 1. 3. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau 3:6 Minuten; 2. 1. Abteilung 3:9,8 Minuten; 3. 2. Abteilung I 3:12 Minuten; 4. Kombinierte 2. Abteilung II. Mannschaft und 4. Abteilung I 3:18,4 Minuten; 5. „Nordost“ 3:19,8. Lauf der Jugend (2200 Meter): 1. Nordost 5:10 Min.; 2. 4. Abteilung 5:17 Min.; 3. Sportvereinigung „1897“ 5:18 Min.; die Freie Rudervereinigung Breslau lief 4:58 Min. Lauf der Männer (6450 Meter): 1. „Nordost“ 15:28,6 Min.; 2. 5. Abteilung 15:38 Min.; 3. Poseidon 15:48 Min.; 4. Freie Kanuvereinigung Breslau 15:58 Min.; 5. 4. Abteilung 15:58 Min.; 6. 1. Abteilung 16:3 Min.; 7. Freie Rudervereinigung Breslau 16:10,2 Min.; 8. Abteilung ausgegeben.

Alles in allem eine gelungene Veranstaltung. Notwendig ist es, durch eine größere Anzahl von Ordnern die Radfahrer aus der Strecke zu halten, damit die eingetretenen Stürze vermieden werden. Die Arbeiteramtsleiter waren auch hier dankenswerterweise zur Stelle. Zuverlässigste Fahrt des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“. Die letzte diesjährige Zuverlässigkeitsfahrt fand am 9. d. M. auf der Strecke Schwöitz, Vaskowitz, Ohlau, Würben, Weigwitz, Lamskopf, Strehleener Chaussee statt. Sieger der A-Klasse wurde Sportgenosse Scholz - Breslau in 2 Std. 10 Min.; 2. Lieberstein; 3. Klein; 4. Franke; 5. Barlow; 6. Härtel; 7. Vokret. Bei der Jugend, welche eine verkürzte Strecke fuhr, wurde Sieger Sportgenosse Djajal - Breslau in 1 Std. 32 Min.; 2. Linke; 3. Jelsch; 4. Schneider; 5. Adler. In der Altersklasse siegte Sportgenosse Djajal - Tschamich in 1 Std. 39 Min.; 2. Seibel; 3. Raff; 4. Geschwinde.

Handball

SB. Poseidon 2. Jgd. — Freie Sportvereinigung „1897“ 1. Jgd. 0:4. SB. Poseidon 1. Jgd. — Deutsch-Lissa 1. Jgd. 10:0. Im Stadion traf sich am Sonntag die Schwimmjugend mit ihren zwei Mannschaften mit Deutsch-Lissa und der Freien Sportvereinigung „1897“. Poseidons 2. Jugend hielt sich recht mager gegen die Abhieten und hatten letztere nur vier Toreerfolge, da die Schwimmer in der zweiten Spielhälfte sich geschickt verteidigten. Die 1. Jugend von Deutsch-Lissa stand gegen die 1. Jugend von Poseidon vor einer schweren Aufgabe. Die systemvolleren Schwimmer konnten ihre Angriffe fast stets durchsetzen, da Deutsch-Lissa noch über zu wenig Spielerführung verfügt. — Anmachdrach wäre es vom Epideauschluß, da diese Spiele auf der Börse selbstegelegt wurden, was die dazu nötigen Schiedsrichter bestimmt worden wären.

Weitere Handballresultate.

- d. Abt. I — 2. Abt. I 6:3 abgebrochen. 6. Abteilung II — 2. Abt. II 4:5. 6. Abt. Jugend — 2. Abt. Jgd. 9:4. Bratislawia II (Frauen) — Wissa II (Frauen) 5:1. Bratislawia I (Frauen) — 8. Abt. I (Frauen) 2:3. Bratislawia I — Sporiklub 1897 8:5.

Handball der Schüler der Sportvereinigung Nordost.

Erste gegen zweite Schülermannschaft, Sonntag 0:0. Schluß: 2:0 für erste Mannschaft. — Das Spiel zeigte, daß unsere Mädchen das Handballspiel im Sinne der Arbeiter-Sportbewegung erlernen haben und zeigte auch gutes technisches Können der einzelnen Spieler.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen Breslau — Stadteil Dr. Dienstag 20 Uhr, Weiblichloß, Funktionärstagung. Kommunistischer Jugendverband Breslau. — Gruppe West. Dienstag 20 Uhr Heimabend im „Anglerheim“, Leuthenstraße. Gäste willkommen. — Gruppe Süd. Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Jung-Spartakus-Bund Breslau. — Gruppe Süd — Zentrum. Mittwoch 18 Uhr Heimabend bei Janke, Friedrichstraße 41. Gäste willkommen. — Gruppe West. Donnerstag 18 Uhr Heimabend bei Janke, Mariannenstraße 7. Instrumente mitbringen. Gäste willkommen. Roter Frontkämpfer-Bund Breslau. — Aufnahmehundertchaft. Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend im „Roten Löwen“, Kupferschmiedestraße. — Rote Jungfront. Mittwoch Antreten bei Reimann. Wmarisch 18,30 Uhr pünktlich. Erscheinen ist Pflicht. — Rote Jungfront. Abt. I (Wabson). Mittwoch 20 Uhr öffentlicher Kameradschaftsabend bei Absner, Uferstraße. Pünktlicher Anfang. — Rote Jungfront. Abt. 2 (Senia). Dienstag 20 Uhr Kameradschaftsabend bei Reimann, Neue Antonienstraße. — RYMW. Abt. 2. Dienstag 19,30 Uhr Kameradschaftsabend bei Ritsche, Jägerstraße 2. Sonstige Organisationen Breslau. — Rote Hilfe. Sonntag. Dienstag 19,30 Uhr bei Absner, Uferstr., Mitgliederversammlung. Referent anwesend. Mitgliedsbuch mitbringen. Funktionäre eine Stunde früher. — Rote Hilfe. Süd. Mittwoch 20 Uhr Generalversammlung bei Janke, Friedrichstraße 41. Funktionäre eine Stunde früher. — Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit, Ortsgruppe Breslau. Mittwoch 19 Uhr, Kukulnitzer St. Schlußfunktionärstagung. — Janer. Rote Hilfe. Dienstag 20 Uhr Mitgliederversammlung im „Grünen Adler“. Ein Vertreter der Bezirksleitung ist anwesend. — Freiburg. Freireligiöse Gemeinde. Mittwoch 20 Uhr im „Friedenshaus“ Vortrag von Frau K. u. n. Nur für Mitglieder. — Freiburg. Metallarbeiter-Verein. Dienstag 20 Uhr im „Friedenshaus“ Vortrag über „Die Gewerkschaftsjugend in Hamburg“.

Waldenburger Bergland

Groß-Waldenburg

Kreuzer-Legende

Es begab sich aber zu der Zeit, da die „Wergewacht“ durch Schauer-
märchen von gemolten und wiedergefundenen Hauschaffeln ihren
Lesern das Wesen beibrachte, daß das deutsche Volk einen Müller
zu seinem Kaiser erwählte. Und der Müller fand gar wohlwollende
Gefellen, die mit ihm mahlten bei Tag und bei Nacht. Da kam das
Volk aus allen Ecken zur Mahle und brachte all sein Korn und all
sein Geld: „Müller, mahle uns Mehl! Müller, schaff uns Brot!“
— „Gern!“ antworteten der Müller und seine Gefellen. Und sie
mahlten bei Tag und sie mahlten bei Nacht, und so kam der Tag
des zehnten August im Jahre des Heils Neunzehnhundertundacht-
undzwanzig, und alles Volk hatte sich vor der Mahle versammelt:
„Müller, gib uns unser Mehl, wie du es uns gelobtest mit deinem
Schwur! Müller, gib uns unser täglich Brot!“

Doch da trat der Müller herfür mit all seinen Gefellen, und
göttliche Erleuchtung umstrahlte ihre feisten Gesichter. Sie wiesen
dem Volke ein gar gewaltiges Kriegsschiff, für das sie aus dem Korn
und dem Geld des Volkes wohl über hundert Millionen bezahlt hatten.
Und der Müller erhob seine Stimme und sprach: „Vernehm, Knechte
und Unwissende! Gottes Erleuchtung ist über uns gekommen!
Stimmt ein mit uns in den Choral der alten deutschen Gottesgaden-
Kaisertradition:

„Der Gott, der Eisen wachen ließ,
Der wollte keine Knechte.
Drum gab er Panzerschiff und Spieß
In Müllers mark'ge Rechte!“

Arbeiter und Angehefte! Lernt Kienographieren! Uns wird ge-
schrieben: Fortschritte, die das Bürgertum schon Jahrzehnte ausnützt,
muß sich auch die Arbeiterklasse aneignen, zumal es auch für uns
leicht, einfach und billig ist. Es versuche sich jeder fortzubilden.
Ein gutes Hilfsmittel dazu ist die Kienographie! Auf Grund prak-
tischer Erfahrungen hat sich die Arbeiterklasse die Kienographier-
Kunst als leichte, einfache, kürzeste und praktischste Kienographie
seit über 30 Jahren angeeignet. Der Arbeiter-Kienographenbund lehrt
sie seit 1896. Der Erfolg zeigt sich auch darin, daß in neuester
Zeit hunderttausende Schulen für ihr System nun auch den Namen „Kien-
graphier“ zur Propaganda verwenden. Darum lernt die Arbeiter-
Kienographie, die Kienographier-Kunst, „Arbeits“. Wo örtliche Kurse noch
nicht stattfinden oder die Adresse nicht bekannt ist, fordert die Be-
dingungen für brieflichen Unterricht an vom Arbeiter-Kienographen-
bund, Zentrale für brieflichen Unterricht, Waldenburg-Altwasser
(Schleien), Steigerweg 23.

Freiburg

Klagen der Arbeitsinvaliden!

Die am 6. d. M. tagende überfüllte Versammlung der Arbeits-
invaliden und -winnen nahm mit Entrüstung Kenntnis von dem
Verhalten der hiesigen Behörde sowie der von Polak und Jiriau,
wo trotz mehrfacher Eingaben die Rücksicht nicht erhöht wurden. So
müssen die armen Invaliden mit 34 Mark den ganzen Monat weiter
hungern! Es wurde eine Entschädigung an den preussischen Wohlfahrts-
minister abgefordert.

Einige Fälle, die zeigen, wie es zugeht, sollen angeführt werden:
In Jiriau muß der Invalide Max Fuchsman schon seit dem
7. Dezember 1927 in der Arrestzelle wohnen, weil eben für ihn
keine andere Wohnung da ist. Der SPD-Gemeindevorsteher und
Kommunistenführer Feige ist es, der derartige unerhörte Zustände
leidet. In Polak ist es der Obersekretär Kusch, der den armen
Invaliden in der unfähigsten Weise gegenübertritt. Ueber zwei Stun-
den müssen sie warten, ehe sie abgefertigt werden, und hören dabei
die größten Worte, die dieser gutbezahlte Beamte doch lieber für sich
behalten sollte.

Hätten die Arbeitsinvaliden nicht die Panzerkreuzer Sozialisten
gewählt, bräuheten sie sich solche Zustände nicht bieten zu lassen.

Schweidnitz

Die Distel als Lebensversicherung. Die Frau des Wirtschafters
Finke in Eschen hatte sich beim Binden des Getreides durch
eine Distel eine unscheinbare Verletzung an einem Finger zugezogen.
Als der Finger nach einigen Tagen stark anschwellte, begab sich Frau
Finke zu einem Arzt, der Blutvergiftung feststellte. Obwohl
der Finger abgenommen wurde, konnte die Frau nicht am Leben
erhalten werden, da die Vergiftung schon zu große Fortschritte gemacht
hatte. Die Bernglücke starb nach qualvollen Schmerzen.

Landeshut

Erstmaliger Auszug eines Kinderkreises. Bei einem Streit um
ein Stückchen Schokolade warf ein dreijähriger Knabe von der Zieher-
straße mit einem Stein nach einem achtjährigen Mädchen, das
sein 1½-jähriges Schwesterchen auf dem Arme hatte. Dieses wurde
dabei so getroffen, daß ein Auge ganz verloren ist und auch das
andere verletzt wurde.

Liebau

70 Jahre Militärverein

Ein Genosse schreibt uns: Dieses Schlagwort, „verschönt“ mit
schwarzweißen Farben, den nötigen Puras und Bier sollte drei
Tage Liebau beherrschen. Der hiesige Militärverein, der mit den
auswärtigen Mitgliedern ungefähr 500 bis 600 Mitglieder umfaßt,
veranstaltet jedes Jahr mit der Weige einer Fahne, die dem traditionellen
Kriegsgebet und dem „Vaterlande“ geweiht wurde. Was dem
fortgeschrittenen Arbeiter an diesem Aufmarsch, an dem sich zirkel-
tausend Personen beteiligten, zu denken gibt, ist folgendes: 80 Prozent
der Teilnehmer waren Arbeiter. Davon ein großer Teil freie
Gewerkschaftler. Wird einmal ein Mitglied von den politi-
schen und wirtschaftlichen Tageskämpfen in Gegensatz zu seiner Mit-
gliedschaft in diesen Vereinen gebracht und er will austreten, so halten
ihn wieder Vereinsversicherung, Begräbniskasse usw. zurück. Diese
Ergebnisse im Einklang mit dem moralischen Terror der Kirche,
lassen diese Schicht der Arbeiterklasse zu Reaktionen werden, ohne
daß man sie selbst wissen. Es muß jedem fortgeschrittenen Arbeiter
einkommen, daß hier eine hartnäckige Aufklärungsarbeit notwendig
ist, um dieses mangelnde Klassenbewußtsein der Arbeitskollegen mit
der Militärvereinsangehörigen zu befechtigen. Sie müssen vor allen Dingen
mit unserer Presse bekanntgemacht werden. Denn diese Arbeitskollegen
werden selbst bei wirtschaftlichen Kämpfen, wo es um ihre eigenen
Arbeits- und Lebensbedingungen geht, ein Hemmnis sein. Jeder
Kamerad und Genosse muß sich ein Mitglied des Militär-
vereins vornehmen und ihn mit unserer Presse bekannt-
machen. Selbst werden diese Organisationen aufgeben, da ihnen der
Nachwuchs gänzlich fehlt, was vom Stahlhelm, als Kameradenorgani-
sation, mit Freuden festgehalten wird, denn das Durchschnittsalter

dieser Organisation ist 60 Jahre. Also: noch „Tradition“, aber keine
Jugend, und darum keine Zukunft. Aber von heute auf morgen gehen
diese Verbände nicht zugrunde, sie bilden immer noch eine Gefahr,
darum Aufklärungsarbeit!

Nun zum Schluß einige Anekdoten von diesem Dreitagefest.
Eine Sensation sollte es geben. Nämlich der Hauptmann dieses Ver-
eines sollte einen dreierlei Schimmel reiten, und jeder hoffte, den
100-Mark-Reitermann aus dem Sattel fliegen zu sehen. Aber es war
nichts damit. Der Schimmel war nicht aus dem Sattel zu kriegen,
da er als Arbeitspferd für die Sonntagsruhe eintrat. Seinen voll-

Niederschlesien

Görlitz

„Empfängnisverhütung, Mittel und Methoden“

In der Reihe der „wissenschaftlichen“ Elementarbücher des Neuen
Deutschen Verlages ist eine Broschüre über Mittel und Methoden der
Empfängnisverhütung von Sanitätsrat Dr. Magnus Hirschfeld und
Richard Linser, Abteilungsleiter des Berliner Instituts für Sexual-
wissenschaft, erschienen.

Trotz der umfangreichen Literatur und der umfassenden volks-
tümlichen Aufklärung haben die meisten Menschen nicht die geringste
Ahnung von der oft primitiven Anwendungsweise empfängnis-
verhütender Mittel. Sie sind deshalb gewissenlosen Händlern aus-
geliefert, die das Geld der arbeitenden Masse für lukrative Geschäfte
ausbeuten. Es spottet jeder Beschreibung, wie viele minderwertige Er-
zeugnisse unter dem Vorwande der „Empfängnisverhütung“ auf den
Markt geworfen werden! Der einfache Mann versteht nicht, unter
ihnen zu wählen, falls es ihm überhaupt bisher möglich war, sich
unter dem Druck des § 184, Abs. 3 (Verbot des Anpreisens von
„Sachen zu unzüchtigen Gebrauch“) über Qualität der verschiedenen
Verfahren zu unterrichten.

Dem Wunsche vieler, eine vorurteilsfreie Broschüre zu veröffent-
lichen, mußte um so eher entsprochen werden, als in der systematisch
betriebenen Aufklärung über die Empfängnisverhütung eine der wert-
vollsten Waffen gegen die lurchpuserische Abtreibung und die Ver-
breitung der Geschlechtskrankheiten zu erblicken ist.

Wer jemals Zeuge der entsetzlichen Gewissensnot schwangerer
Frauen gewesen ist, die genau wußten, daß sie für den werdenden
Menschen unter ihrem Herzen später nicht einmal das tägliche Brot
finden würden, wer die feierlichen Qualen junger Arbeiter gesehen hat,
deren Freundin von einer plötzlichen Schwangerschaft überrascht wurde
und ihr ratlos gegenüberstand, wer die erschütternde Unkenntnis
über die einfachsten Vorgänge der Befruchtung und ihre Verhinderung
kennenlernen mußte, — der weiß, wie bitter notwendig jede kleine
bescheidene Möglichkeit ist, aufklärend zu wirken.

Aus diesen Gründen ist das kleine Buch unentbehrlich für jedes
Ehepaar, das aus wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Gründen für
eine Beschränkung der Kinderzahl sorgen muß. — Die Broschüre
(Preis 1,25 Mark) kann nur warm empfohlen werden und ist in der
Buchhandlung Lunig 6, Görlitz, erhältlich.

Das Auto auf dem Bürgersteig. Beim Ausweichen fuhr ein
„Banderer“-Wagen mit voller Wucht auf den Bürgersteig und gegen
die Hausmauer und rief dabei einen blinden Passanten um. Dieser
erlitt dabei eine Kopfverletzung.

Einbruch. In Pannsdorf durchwühlte ein Einbrecher am hellen
Vormittag die Wohnung des Arbeiters Meusel. Dem Dieb fiel eine
beträchtliche Summe an Bargeld in die Hände.

Sagan

Gummihüpfhelmen

Ein großer Aufruhr entstand in der Nacht vom Donnerstag zum
Freitag in der Sorauer Straße, als die Polizei einen Sorauer Kraft-
wagenführer, der sehr stark angeheitert war, aus Gründen der Ver-
kehrssicherheit verhaftete. Wenn auch in diesem Falle die Polizei
recht hatte, so ist entschieden zu beurteilen das rigorose Vorgehen
des Polizeibeamten Wischod, der bei den geringsten Anlässen der
Saganer Bevölkerung und nicht zuletzt seinen Vorgesetzten, seine Ver-
sicherung im Gummihüpfhelmen demonstriert. Der Chauffeur
weigerte sich, mitzugehen, als auch schon Wischod im Indianer-Eil-
tempo herangekehrt kam, den Wagenführer an der Brust packte und,
da sich derselbe immer noch weigerte, mit Hilfe eines anderen Be-
amten circa 100 Meter auf der Erde lang schleppte. Erst als die
Passanten eine drohende Haltung einnahmen, wurde Fliegerwilli
wieder menschlich. Wir empfehlen ihm an dieser Stelle, sich schnell,
und das muß bald geschehen, zu ändern, sonst könnte das, was ihm
die Bevölkerung mehrfach prophezeit, rasch eintreten. Es würde wohl
ernüchternd wirken, aber nicht mehr ungeschehen zu machen sein

Glogau

Lebenssturz mit dem Motorrad. Am Sonnabendvormittag stürzte
an der Stadtgrenze Polkwitz-Nieder-Polkwitz der Photoreizende Ill-
mann aus Rauschwitz mit seinem Motorrad so unglücklich, daß er
das Genick brach und sofort tot war.

Der gefährliche Bahnübergang. Bei dem Eisenbahnübergang der
Strecke Glogau-Suhrau, am Eingang des Dorfes Zerbau, fuhr
ein alterer Motorradfahrer auf die Lokomotive auf, nachdem er die
geschlossene Schranke durchfahren hatte. Der Bahnübergang ist nur
durch Petroleumlampen beleuchtet.

Ober-Kammerherr. Töblicher Verkehrsunfall. Am
Freitagvormittag wurde hier der sechsjährige Knabe Werner Lieblich
töblich überfahren. Er lief einem wegen der vielen Kurven sehr
langsam fahrenden Auto direkt in die Räder und erlitt so schwere
Verletzungen, daß er kurze Zeit später seinen Wunden erlag. Den
Kraftwagenführer trifft keine Schuld, da er schon vorher die Bremse
angegossen hatte, um an dem am Straßenrande stehenden Kinde
vorbeikommen zu können.

Liegnitz

Aus Liebhaberei sollen die Arbeiter niedergeknallt werden.
Nachdem der Gauleiter der Stahlhelmen, Herr v. Lettau, der
hiesigen Bevölkerung mitteilte, daß die bei Scheibler gefundenen
Waffen schon in dessen Besitz waren, ehe er Mitglied des Stahlhelms
wurde, kommt jetzt Scheibler selbst in den hiesigen Blättern zum
Vori. Ihnen, Herr v. Lettau, zur Kenntnis, daß die Arbeiterklasse
keinen Unterschied kennt zwischen der früheren Orgeß und anderem
Gejods und dem Stahlhelm. Wir wissen, daß zur Ausführung die
Namen mal gewechselt werden, die Larven aber bleiben dieselben.
Die Freiheit des „ehrentwerten“ Sch. müßte eigentlich belohnt wer-
den. Die Sachen (so gibt er bekannt) habe er sich gelegentlich aus
Liebhaberei gelohnt. (N) Wollen Sie, Herr Sch., durch diese Beschul-

ständigen Bankrott zeigte der Stahlhelm, welcher kaum eine
Gruppe von Diebauern aufbrachte. Auch der Königin-Aulle-
Bund mußte wieder abtreten, da sich nur 8-10 Mitglieder ein-
fanden. Originell wirkten die Schilder mit der Aufschrift „Militär-
tätar-Begräbnisverein“. Der SPD-Vertreter Maßle ließ
seine „Purras“ und das „Deutschlandlied“ weit über den Marktplatz
schallen. Daß er andererseits um so mehr gegen die Kommunisten
hegt, ist selbstverständlich. Am Montag fiel eine Gruppe auf, die
durch die Stadt zog, jeder ein Licht in der Hand und einen tüchtigen
Inhalt und dabei das Lied sang: „Elegisch woll'n wir
Frankreich schlagen.“ Wie wir hören, haben die auswärtigen
Vereine ihre Teilnahme an dem Fest davon abhängig gemacht, daß
der Liebauer Militärverein wieder dem Kyffhäuserbund beitrete. Dies
würde bedeuten, daß der Verein noch enger den Absichten des
Stahlhelms und der Deutschnationalen Partei vorgepannt würde.

lung aus auf den § 51 vorbereiten? In einer Anzeile mit der
Ueberschrift „Achtung“ warnt Herr Sch. jeden vor Weiterverbreitung
der „schäbigen Nachrichten“ und stellt sie als Nachsatz hin. Wollen Sie,
Herr Sch., abstellen, daß am Montag, dem 3. September, ein ziemlich
langes Protokoll auf der Kriminalpolizei ausgegeben wurde? U. a.
ist darin enthalten „Abtreibung“. Wir raten Ihnen, Ihr Geld für
Inzerate zu sparen und zu warten, bis der Staatsanwalt gesprochen
hat. Offenlich findet der Termin noch vor den Kommunalwahlen
statt.

Wo bleibt die Demokratie? fragen wir im Anschluß an den
Waffenfund. Als in Hinderburg bei einem Arbeiter, der seinerzeit
Mitglied des KFD war, ein oder zwei Revolver gefunden
wurde, hat man die Ortsgruppe verboten, und das Verbot ist bis
zum heutigen Tage noch nicht aufgehoben worden. Bei einem Lieg-
nitzer Stahlhelmsmitglied (aktiv tätig) findet man ein ganzes Lager.
Wird die Ortsgruppe des Stahlhelms verboten, Herr Innenminister?
Wie wäre es mit einem Verbot unserer Partei-Ortsgruppe, weil Mit-
glieder an der Beschlagnahme mitgewirkt haben?

Selbstmord. In Hoißlau hat sich der 24jährige Kraftwagen-
führer Schöne erschossen. Er hatte vor etwa einem Jahre den
Sohn eines Liegnitzer Kaufmanns tödlich überfahren und stand seit-
dem nach verschiedenen Neuerungen unter so starken Gemüts-
depressionen, daß er die Tat offenbar aus diesem Grunde aus-
geführt hat. Der Unglückliche stammt aus Terzhendorf (Kreis Neu-
markt). Seine Leiche ist dahin übergeführt worden.

Bunzlau

Schwerer Autounfall. Ein schwerer Autounfall ereignete sich am
Freitagmittag auf der Landstraße vor dem Dorf Tschirne. Zwei
Kraftwagen aus Görlitz fuhren am Eingang in den Dorfweg beim
Ueberholen zusammen. Das vordere Auto wurde dabei mit voller
Wucht an ein Haus geschleudert und schwer beschädigt. Die Insassen,
ein Herr und eine Dame, erlitten erhebliche Verletzungen. Die Dame
mußte ins Bunzlauer Krankenhaus übergeführt werden.

Aus dem Riesengebirge

Programm des ersten Noter-Untergangstreffen in Petersdorf im Riesengebirge

Sonnabend, den 15. September, 19 Uhr: Antreten zum
Fackelzug. Antreten Warmbrunner Straße, Lieber-Petersdorf.
21 Uhr: Kommerz im „Deutschen Haus“, Begrüßung,
Theater, Rezitationen, Konzert, Ansprache des Gauflührers.
Sonntag, den 16. September, 7 Uhr Beden, von 9,30 bis
11 Uhr: Fahrertag in „4 Jahreszeiten“, von 11-12 Uhr:
Platzkonzerte an verschiedenen Stellen.
13 Uhr: Antreten zur Demonstration auf der Warmbrunner
Straße. Abmarsch durchs Dorf bis zur „Sonne“, dort Kund-
gebung gegen den imperialistischen Krieg und Fahnenweihe,
Weitermarsch ins Oberdorf, zurück bis zum „Gerichtskreischam“.

Achtung Ortsgruppen der Untergaue Görlitz, Waldenburg und Liegnitz.

Die Untergauleitung des Riesengebirges ersucht die Orts-
gruppen der Untergaue Görlitz, Waldenburg und Liegnitz, Dele-
gationen zu entsenden, um das Untergangstreffen in Petersdorf zu
unterstützen.

Arbeitersport

Sportwettag in Weißstein.
Am 9. September veranstalteten die freien Fußballer und Hand-
baller von Weißstein einen Sportwettag auf dem Gemeindefeld-
platz. Schon am frühen Morgen wurden folgende Spiele ausgetragen.
Sandberg 2. Jgd. — Weißstein 2. Jgd. 1:5 für Weißstein. Freiburg
2. Jgd. — Weißstein 3. Jgd. 2:0 für F. Sandberg III — Weißstein
III spielten im Freundschaftsspiel mit 6:0 für Sandberg. Die Se-
rienpunkte wurden Weißstein zugesprochen, da die Sandberger aus
anderen Klassen Spieler hatten. Des Nachmittags spielte Walden-
burg III — Weißstein II mit dem Resultat 4:2 für Waldenburg.
Hierauf standen sich die 1. Jugend von Waldenburg und Weißstein
gegenüber, das Spiel wurde aber eine Viertelstunde vor Schluß ab-
gebrochen. Das Resultat war 1:0 für Waldenburg. Die erste Mann-
schaft Weißstein konnte leider das Spiel gegen Dittersbach nicht aus-
tragen, da letztere es vorzogen, wieder nach Hause zu fahren, da ein
paar Spieler fehlten. Die Punkte konnte Weißstein buchen. Als
Schluß des Tages stieg das Handballspiel Liegnitz I — Weißstein I.
Vom Anfang bis zum Ende war das Spiel spannend und wurde mit
vollem Interesse verfolgt. Schon nach der ersten Viertelstunde war
zu sehen, daß die Liegnitzer die bessere Mannschaft ist und in Führung
ging. Aber die Weißsteiner brachten gleich darauf den Ausgleich.
Bis zur Halbzeit mußte der Torwart von Weißstein noch fünfmal
den Ball aus dem Tor holen. Nach Halbzeit verlieren auch die Weiß-
steiner trotzdem nicht den Mut. Die Weißsteiner konnten nur noch
zweimal einjenden, während die Liegnitzer noch fünfmal den Ball
durchs Tor brachten. Mit dem Resultat 10:3 zogen die Spieler vom
Platz.

SpM. I Freiburg — SB. Ring I Sandberg 1 : 2 (0 : 1). Am
Sonnabend fanden sich beide genannte Mannschaften im Serienpiel
gegenüber. Freiburg mußte mit 10 Mann antreten, weil ein Sport-
genosse wegen Arbeitsverhältnissen verhindert war. Es setzte bald
ein scharfes Spiel ein. Von beiden Seiten werden schöne Angriffe
unternommen, bei welchen es auch Sandbergs Mittelfürmer gelingt,
nach 20 Minuten das erste Tor zu schießen. Nach Halbzeit wurde
durch eine Flanke von rechts der Ausgleich erzielt. Beide Mann-
schaften kämpfen nun um den Sieg, bis es kurz vor Schluß Sandbergs
gelingt, das Siegestor zu erzielen. Der Schiedsrichter, Sportgenosse
Toppich-Königsfeldt, war diesem Spiel ein umsichtiger und gerecht
Leiter. Circa 350 Zuschauer waren anwesend und vertieften aufre-
den Platz. Ständertafel 3 : 3.